

Protokoll

Sitzung Nr. 5
 Datum **Mittwoch, 23. Mai 2012**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 23.00 Uhr

Vorsitz	Hans Peter Baumann	SVP 1
1. Vizepräsident	Marceline Stettler	GFL 1
StimmzählerIn	Klaus Jost Nicole Zeiter	SVP 1 SP 1
Mitglieder	Fides Kistler Reto König (bis 22.45 Uhr) Marc Niklaus Beat Nydegger Hans-Jörg Rhyn Peter Traber Elisabeth Wendelspiess	SP 7
	Elisabeth Aebi-Lehmann Peter Bähler Markus Burren Hans Ulrich Dubler Michael Hofstetter Marianne Pfister	SVP 6
	Markus Bacher Ralph George Patrick Heimann (ab 19.50 Uhr) Patric Magnani Marcel Remund Johanna Thomann	FDP 6
	Thomas Ackermann Denise Mellert	CVP 2

	Notta Arn-Wiedmer Pierre-Yves Crettenand Roland Stucki Annemarie Zingg	EVP 4
	Anne-Lise Greber-Borel Christoph Merkli (bis 22.30 Uhr) Bruno Vanoni	GFL 3
	Toni Oesch	FdU 1
		<hr/> <u>33</u>
Abwesend	Heinz Buser, Reto Hämmig, Markus Lötscher Markus Dietiker Peter Kofel Susanne Meierhans Ritter Bettina	FDP 3 SP 1 GFL 1 CVP 1 SVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Liselotte Huber-Affolter Mirjam Veglio Edgar Westphale	
Abwesend	Joseph Crettenand und Sabine Huber	
Beigezogen	Daniel Bichsel, Finanzverwalter (Traktandum 37)	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Corinne Roll, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	2	

Geschäfte

35	Pro Protokoll Protokoll vom 25. April 2012	159
36	1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde Verwaltungsbericht 2011; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse).....	159
37	25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde Jahresrechnung 2011 inkl. Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen	169
38	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Nicole Zeiter und Mitunterzeichnende betreffend "Stromgelder einsetzen, um unsere Umwelt zu schonen"; Erheblicherklärung	180
39	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Beitritt der Gemeinde zum Komitee Mühleberg – Ver- fahren", Erheblicherklärung.....	184
40	1.92. Parlamentarische Vorstösse	

	Motion Reto König und Mitunterzeichnende betreffend "Länger Busfahren im Reichenbach", Erheblicherklärung	188
41	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Postulat Johanna Thomann und Mitunterzeichnende betreffend "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld", Erheblicherklärung.....	192
42	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Interpellation Peter Traber betreffend "Günstiger Wohnraum in Zollikofen", Antwort	195
43	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Interpellation Marianne Baumann und Mitunterzeichnende betreffend "Roadpricing ohne Zollikofen?", Antwort.....	195
44	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Interpellation Fides Kistler betreffend "Zusätzliche Nutzungen im Alterszentrum", Antwort.....	196
45	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend "Alterspolitik in Zollikofen", Antwort	196
46	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Einfache Anfrage Bruno Vanoni betreffend Stiftung Arthur Waser.....	197
47	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Einfache Anfrage Elisabeth Aebi betreffend Buslinie 33.....	197

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsident: Werter Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste. Ich möchte Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen. Speziell begrüßen möchte ich zwei neue Mitglieder des Grossen Gemeinderates, die heute Abend hier Ihr Pensum anfangen. Es ist Michael Hofstetter, SVP und Markus Bacher, FDP. Es ist fast wie beim Auto, wenn es weg ist, kommt ein Neues. Ich nehme Sie aber nicht als "Ersatzrad"* wahr, es ist eher so, dass Ersatzräder in der Regel noch besser sind. Ebenfalls begrüsse ich heute hier zum ersten Mal Frau Corinne Roll. Ich wünsche mir, dass sie uns lange erhalten bleibt, das heisst aber auch, dass von unserer Seite her eine gewisse Disziplin herrschen muss, dass sie das Protokoll einigermassen erfassen kann. Ich möchte Sie schon hier dazu aufrufen, wenn Sie eine schriftliche Vorbereitung haben, diese Frau Roll zu mailen. Auch wenn der Wortlaut nicht ganz identisch ist, hilft es doch, die manchmal nicht ganz entzifferbaren Wörter auf das Papier zu bringen. Als Sachverständigen möchte ich heute noch Daniel Bichsel begrüßen.

Ich komme zu den Entschuldigungen, Sie sehen, dass es einige leere Sitze hat. Vom Gemeinderat ist es Joseph Crettenand, SVP und Sabine Huber, FDP und bei den GGR-Mitgliedern haben sich entschuldigt: Markus Dietiker, SP, Susanne Meierhans, CVP, Peter Kofel, GFL, Bettina Ritter, SVP. Von der FDP Heinz Buser, Markus Lötscher und Reto Hämig.

Ich stelle fest, dass 32. Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Wenn sich neue Mitglieder anmelden, gibt es auch einen neuen Sitzungsspiegel, er liegt auf Ihrem Platz vor. Etwas ganz spezielles: Ich möchte Christoph Merkli heute zum 50. Wiegenfest ganz herzlich gratulieren. Das ist ein spezieller Schritt. Ich möchte ihm alles Gute wünschen. (Protokollführerin: GGR stimmt das Lied "Happy Birthday to you" an). Ich habe nicht mitgesungen, ich möchte nicht das Fest verderben. Dann noch ein Hinweis: Sie haben die Einladung WIZO vom 6. Juni erhalten. Wer sich noch nicht angemeldet hat, sollte das möglichst heute Abend hier noch tun. Anmeldungen werden noch entgegengenommen, der Anmeldeschluss ist heute Abend. Heute wollen wir auf die Zeit achten. Wir haben den Verwaltungsbericht, die Jahresrechnung, das sind zeitelastische Geschäfte. Das müssen wir im Auge behalten, weil wir für die Vorstösse ja auch noch Zeit verwenden werden. Damit zwingt ich aber niemandem eine neue zeitliche Limite auf.

Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Ich habe die GPK vergessen – der Gemeinderat hat keine Mitteilungen. Ich komme nun zur GPK.

Mitteilungen der GPK:

Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Keine Mitteilungen.

Präsident: Wir kommen zu den traktandierten Themen. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird eine Abänderung der Reihenfolge der Traktanden gewünscht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

35 Pro Protokoll

Protokoll vom 25. April 2012

Präsident: Wird das Wort verlangt?

Bruno Vanoni (GFL): Ich habe eine Bemerkung. Auf Seite 149 (etwa in der Mitte der Seite) des Protokolls der GGR-Sitzung vom 25. April 2012 werde ich im Zusammenhang mit dem geplanten Alterszentrum an der Bernstrasse richtig zitiert mit der Bemerkung, es seien nicht einfach private Investoren, die das Zentrum bauen wollten, sondern eine Stiftung.

Dem hat der Gemeindepräsident (siehe unten auf der gleichen Seite) heftig widersprochen: es sei keine Stiftung, sondern eine Privatperson.

Beide Bemerkungen sind richtig protokolliert – aber es können nicht beide zutreffen. Im GGR-Protokoll vom 28. April 2010 (Seite 112) hat der Vertreter des Gemeinderates mehrfach betont, dass die Bauträgerschaft eine Stiftung sei, die Arthur Waser Stiftung aus Luzern. Deshalb bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wird der Neubau des Alterzentrums in Zollikofen von der Stiftung Arthur Waser (gemäss GGR-Protokoll „gemeinnützig“) oder von der Privatperson Arthur Waser finanziert?
- Wurde der Grosse Gemeinderat im Vorfeld der Entscheidung über das neue Alterszentrum nicht richtig informiert und/oder gab es seither einen Wechsel in der Bauherrschaft?
- Trifft es zu, dass der Privatbesitz von Herrn Waser nach seinem Tod ins Stiftungskapital übergeht?

Präsident: Ich frage den Gemeinderat an, ob er die Frage jetzt oder im Verlauf der Sitzung klären will?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir bitten um eine Einfache Anfrage.

Präsident: Wir nehmen das als Einfache Anfrage entgegen. Weitere Bemerkungen zum Protokoll? Das ist nicht der Fall. **Somit stelle ich fest, dass das Protokoll vom 25. April 2012 mit dieser Ergänzung in Form einer Einfachen Anfrage, die wiederum protokolliert ist, genehmigt wird.**

36 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

Verwaltungsbericht 2011; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse).

Präsident: Ich komme zu Traktandum 36, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnisnahme. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK hat den Verwaltungsbericht auftragsgemäss geprüft; wir möchten dem Gemeinderat und der Verwaltung Danke sagen: Zuerst einmal für den informativen Bericht, dann auch für die grosse Arbeit die das ganze Jahr hindurch dahintersteckt und dann möchten wir auch danken dafür, dass verschiedene Anregungen der GPK aufgenommen worden sind. So haben wir letztes Jahr zum Beispiel gewünscht, dass der Umfang des Verwaltungsberichts nicht mehr grösser wird und sich in der Grössenordnung von 100 Seiten bewegt. Mit einer Reduktion von 119 Seiten (im letzten Jahr) auf jetzt 106 Seiten sind die Verfassenden des Berichts diesem Wunsch gut nachgekommen. Ein anderes Beispiel für einen erfüllten GPK-Wunsch ist die Aufnahme des Wassertarifs (Einkauf und Verkauf) in die Statistik der Wasserversorgung auf Seite 46.

Soweit meine generelle Feststellung; einzelne GPK-Mitglieder werden in der kapitelweisen Beratung noch Fragen und Bemerkungen vorbringen.

Präsident: Danke. Möchte sich nun der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern? Herr Gemeindepräsident:

Stefank Funk, Gemeindepräsident: Zum Verwaltungsbericht, also zu den 106 Seiten selber, habe ich eigentlich keine Ergänzungen. Ich habe nur eine Bemerkung zum Schwerpunktprogramm des Gemeinderates. Es waren 26 Massnahmen geplant, davon haben wir 17 erfüllt, drei sind teilweise erfüllt und sechs sind nicht erfüllt. Damit sind rund 65 % der Massnahmen erfüllt worden. Nach den Sommerferien wird eine zweite Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Gegenüber dem ersten Mal ist es zusätzlich möglich, via Internet zu antworten. Wir sind selbstverständlich bereit, Fragen zum Verwaltungsbericht so weit wie möglich zu beantworten, wir konnten schon im Vorfeld viele Fragen der einzelnen Parteien schriftlich bereinigen. Danke vielmals.

Präsident: Danke. Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen dann am Schluss zum Schwerpunktprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse, auch dort wird der Verwaltungsbericht zur Debatte stehen. Das Wort ist offen für die Fraktionen, wem darf ich das Wort erteilen?

Peter Traber, SP: Die SP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wir danken der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit, es ist aus unserer Sicht sehr interessant. Was für die SP-Fraktion wichtig ist, wenn man so einen Bericht verfasst, ist, dass er sachlich ist, das ist gut für das Image der Gemeinde und dass, wenn man Fragestellungen hat, dazu auch Massnahmen formuliert werden.

Als wir den Bericht durchgelesen haben, hatte wir den Eindruck, dass das Vorwort etwas zu emotional ausgefallen ist. Auch die Berichterstattung zur Regionalkonferenz wurde sehr emotional dargestellt. Aber eine Schlussfolgerung wurde nicht aufgezeigt. Das sind Schwachpunkte, die man aus unserer Sicht beim nächsten Mal korrigieren sollte.

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen?

Denise Mellert, CVP: Die CVP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht entgegengenommen. Er ist wie jedes Jahr sehr umfangreich. Jedermann und jede Frau, die etwas wissen möchte, kann viele Informationen herauspicken: uns ist zum Beispiel aufgefallen, dass nicht nur in der Schule Steinibach viele fremdsprachige Kinder die Schulbank drücken, sondern mittlerweile auch in den Schulhäusern Wahlacker und Zentral. Gegen Null fremdsprachige Kinder besuchen die Schule im Geisshubel. Da fragen wir uns, ob die schulische Chancengleichheit innerhalb der Gemeinde sowohl für die deutschsprechenden als auch für die fremdsprachigen Kinder gewährleistet werden kann.

Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die umfassende Berichterstattung über das Jahr 2011.

Wir unterstützen die Abschreibung der Motion Annemarie Pfiffner und Mitunterzeichnende. Das Postulat Edith Vanoni ist unseres Erachtens nur halb erfüllt und wir stimmen einer Abschreibung nicht zu.

Präsident: Wer möchte nun das Wort?

Peter Bähler, SVP: Auch die SVP dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die ausführliche Berichterstattung. Man sieht in diesem Jahresbericht, was alles geleistet worden ist und das ist Einiges, auch wenn man auf die Seiten rückschliesst, die geschrieben worden sind. Wir sind an der Fraktionssitzung abschnittsweise die Ergebnisse durchgegangen, wir stellten fest, dass einige Kapitel sehr ausführlich dargelegt sind, andere sind sehr knapp gehalten. Doch im Grossen und Ganzen sind die entscheidenden Informationen enthalten. Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung der Motion Pfiffner, dem können wir zustimmen. Ebenfalls beim Postulat Edith Vanoni können wir einer Abschreibung zustimmen. Obschon der Gemeinderat das, was effektiv überwiesen worden ist, nicht behandelt in seiner Begründung der Abschreibung, was wir schade finden. Aber das ist ein Antrag des Gemeinderates und dem können wir folgen, umso mehr es ein Postulat ist, bei dem man auch mit Eigeninitiative gewisse Sachen machen könnte. Es geht nicht immer darum, nach dem Staat oder der Gemeinde zu schreien, die dann etwas anzetteln soll. Wir hatten letztthin ein schönes Beispiel in der Gemeinde, den Landschaftsweg. Hier musste die Gemeinde fast nichts dazutun, es ist eine gute Sache geworden. In dem Sinne Danke für den Verwaltungsbericht.

Präsident: Danke. Das Wort ist für die Fraktionen offen.

Ralph George, FDP: Auch die FDP-Fraktion verdankt den Bericht, der wie jedes Jahr gut, umfassend und aufschlussreich ist. Auch die ungefähr 100 Seiten sind eingehalten worden. Danke vielmals.

Präsident: Wem darf ich das Wort noch erteilen?

Marceline Stettler, GFL: Ich komme jetzt ans Rednerpult, denn wenn ich auf der Bühne aufstehe, sieht es aus, als würde ich von oben herab reden und das möchte ich auf keinen Fall. Der Verwaltungsbericht, ziemlich genau 100 Seiten Allgemeinbildung - von Zollikofen, für Zollikofen und über Zollikofen, informativ und interessant – die GFL anerkennt die grosse Arbeit und sagt der Verwaltung herzlichen Dank. Wir konnten viel Positives lesen, zum Beispiel über den geglückten Start des "Hirzis" dank intensiver Vorarbeit, die positive Entwicklung der Schulsozialarbeit, von der Jungbürgerfeier an der erstmals auch 18-jährige Ausländerinnen und Ausländer teilgenommen haben und das, prozentual gesehen, im gleichen Verhältnis wie die Schweizer. Jetzt müsste man der Jungbürgerfeier vielleicht nur noch einen anderen Namen geben. "Erteilte Bauabschlüsse gleich null", das zeugt von einer guten Information der Bauherren. Informativ war auch der Bericht über die Schule. Das Projekt "Ideenbüro" vom Geisshubel und die Klassenbesuche der Primarschule im Spital zum Thema "Gesundheitswoche" sind mir speziell aufgefallen. Anerkennenswert ist das Pilotprojekt "Gesundheitsförderung und Prävention im Alter", aber auch die verstärkten Engagements in der Frühsprachförderung. Zugegeben: Es hat auch weniger Positives darin. Ernüchtert und nicht ganz unerwartet mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass Zollikofen das angestrebte Ziel des Goldlabels wohl nicht erreicht hat.

Der Abschreibung der Motion Annemarie Pfiffner stimmen wir zu, der Abschreibung des Postulates Edith Vanoni nicht. Der Verwaltungsbericht ist im Grossen und Ganzen eine gefreute Sache. Danke vielmals.

Präsident: Weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich hatte zu Beginn etwa 20 Fragen, die ich innerfraktionell abgeklärt habe. Ich habe noch etwas zu sagen zum Vorwort des Gemeinde-Präsidenten. Das darf man

schon, denn es geht ja schliesslich ins Land raus, was hier geschrieben wird. Im ersten Abschnitt schreibt der Gemeindepräsident über die Lage aber dann finde ich es komplette Schwarzmalerei wie es üblich ist anlässlich der Budgetierung im Grossen Gemeinderat im Herbst.

Im 2. Abschnitt heisst es "Wir haben sparsam und umsichtig gearbeitet und einmal mehr besser abgeschlossen als budgetiert". Wenn man bei jedem Aufwand-Posten einen Risikozuschlag anwendet und beim Ertrag einen Abschlag, gibt's automatisch Ertragsüberschüsse. Im letzten Abschnitt liest man "für unsere Gemeinde wäre ein Verwaltungsgebäude gerechtfertigt", das liest sich, als ob wir gar keines hätten. Wo bleibt da der Sparwille?

Präsident: Weitere Voten aus dem Plenum? Das ist nicht der Fall. Ich möchte mich bedanken, dass der allgemeine Teil so effizient abgehandelt wurde. Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Das ist nicht der Fall somit steigen wir in die Detailberatung des Verwaltungsberichtes ein. Das Wort hat die GPK:

1. Präsidiales (S. 6 – 31):

Peter Traber, GPK: Wir haben drei Bemerkungen. Die erste betrifft Seite 13 unten, "Kontakte zu anderen Gemeinden am 27. Juni" etc., dort würde die GPK interessieren, was das Ergebnis dieser Besprechung war? Der zweite Punkt betrifft die Seite 14. Wir haben dort den Punkt "Verwaltungsrechtspflege": Wir fragten uns, was diese Information bringt, wenn sie unter diesem Titel formuliert und nicht präziser ausgeführt ist.

Der Hinweis auf Seite 38: Wenn man auf diese Seite wechselt, dann findet man keinen Bezug zur Seite 14, Verwaltungsrechtspflege.

Die dritte Bemerkung betrifft Seite 18, "Regionalkonferenz"; Hier wurde die Problematik aufgezeigt und hier würde die GPK interessieren, ob die Problematik der zuständigen Instanz bei der Regionalkonferenz mitgeteilt wurde, erstens, und zweitens, sind konkrete Massnahmen getroffen und vorgeschlagen worden? Gibt es überhaupt Massnahmen dazu? Danke.

19.50 Uhr Patrick Heimann trifft ein.

Präsident: Danke. Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zu den Kontakten Seite 13 mit der Gemeinde Bremgarten, kann ich gerne sagen, was wir dort besprochen haben. Es drehte sich alles um die Musikschule Bremgarten. Einerseits um die Platzprobleme, andererseits ging es um das neue Musikschulgesetz, auch in Zusammenhang mit der Leistungsvereinbarung, die erarbeitet wird zwischen Musikschule und Gemeinden. Das waren die zwei Hauptthemen, die besprochen wurden. Seite 38 haben wir die Problematik erkannt, wir werden in Zukunft prüfen, ob wir das anders gestalten können. Jetzt zur Regionalkonferenz: natürlich ist es der Geschäftsleitung bekannt. Die grösste Problematik besteht ja darin, dass die kleinen Gemeinden frustriert sind, weil Sie mit ihren Anliegen praktisch nie durchkommen. Weil die Stimmkraft so verteilt ist, dass wenn die Stadt Bern, Köniz und ein, zwei grössere Gemeinden rund um den Speckgürtel nicht zustimmen, dann ist das Geschäft abgelehnt. Das ist der Geschäftsleitung bekannt. Sie versucht jetzt bei kleinen Gemeinden vorstellig zu werden. Diese prüfen jetzt, ob sie einen Antrag stellen wollen, dass die Stimmanteile anders gewichtet oder verteilt werden. Andererseits muss man auch sehen, dass die VRB etwas ganz anderes war. Sie bestand aus der Stadt Bern und der Agglomeration. Die Problematik, die wir da besprochen haben, war für alle gleich wichtig. Aber die Problematik der Gemeinden die nahe Bern liegen, ist für Gemeinden, die weiter weg liegen, nicht wichtig. Der Gemeinde Hinterfultigen ist es egal, ob das Tram die Markt- oder die Speichergasse entlangfährt. Diese Gemeinden haben ganz andere Probleme. Ich stehe dazu, ich war früher für die Regionalkonferenz, aber je mehr ich darin bin, desto mehr sehe ich, dass die Probleme der Gemeinden, die weiter weg sind und die Probleme, die wir haben, einander diametral entgegengesetzt sind. Deshalb können sich kleine Gemeinden oft auch nicht durchsetzen. Wie das weitergeht, kann ich

Euch nicht sagen. Es wird sich zeigen in der Behandlung der Anträge wegen der Stimmverhältnisse innerhalb der Regionalkonferenz der kleinen Gemeinden. Ich hoffe, dass ich etwas zur Klärung beitragen konnte.

Präsident: Danke für die Ausführungen. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Darf ich bitten, zu erwähnen, wo ihr seid und zu welchem Punkt ihr Stellung nehmt, also Seitenzahl und evtl. noch Abschnitt.

Markus Burren GPK: Ich hätte noch eine Bemerkung der GPK. Seite 10, das Postulat Edith Vanoni. Wie begründet der Gemeinderat den Punkt d, dass "Zusätzliche Massnahmen" vom Postulat "Feuerwehr und andere Freiwilligenarbeit endlich fördern statt besteuern" erfüllt ist? Eine Begründung des Gemeinderates würde uns interessieren.

Präsident: Danke.

Miriam Veglio, Gemeinderätin: Ich gebe gerne eine mündliche Erklärung ab. Ich kann verstehen, dass wenn man nur den Verwaltungsbericht gelesen hat, vor allem nur die vorderen Punkte und nicht das Schwerpunkteprogramm im Detail, man denken kann, dass der Punkt d effektiv nicht erfüllt ist. Es geht darum, welche zusätzlichen Massnahmen zur Förderung ergriffen werden sollen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass im Schwerpunkteprogramm, Lösungsansatz 4.1 verschiedene Punkte vorhanden sind. Ich zähle sie auf. zum Beispiel alle zwei Jahre ein Rekrutierungs- und Anerkennungsanlass für private Mandatsträgerinnen, da ist im neusten Programm für das Jahr 2013 solch ein Anlass vorgesehen. Ebenfalls für die privaten Mandatsträgerinnen ist jährlich ein Aula-Klassik-Konzert, mit Einladung und persönlichem Schreiben vorgesehen, in dem für den Beitrag, den diese an der Gesellschaft leisten, gedankt wird. Der Grossanlass, wie wir ihn 2011 hatten, das Merci-Fest ist im Schwerpunkteprogramm festgehalten, die Durchführung soll alle 5 Jahre stattfinden. Verankert und zusammen mit den Kirchgemeinden, also keine einmalige Sache. Das Postulat weist auch auf das Tageselternwesen hin, im Schwerpunkteprogramm unterstützt der Gemeinderat die Bestrebungen des Vereins KIBEZ, die Anstellungsbedingungen von Tageseltern zu verbessern. Hier ist bereits etwas für 2013 vorgesehen.

Das sind vier zusätzliche Massnahmen zur Honoration und Förderung der Freiwilligenarbeit in Zollikofen. Meines Erachtens ist der Punkt d erfüllt und das Postulat darf abgeschrieben werden. Danke.

Präsident: Danke, Mirjam Veglio, ich habe festgestellt, dass ich schon zu weit war, ich habe der GPK das Wort abgeschnitten. Ich möchte den Gemeinderat fragen, nach der GPK, ob es noch weitere Bemerkungen gibt? Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir zu den Ratsmitgliedern. Wem darf ich das Wort erteilen? Das Wort wird nicht gewünscht.

2. Finanzen (S. 32 – 37):

Bruno Vanoni, GPK: Ich habe nur den obligatorischen Satz, den wir jedes Jahr sagen müssen, dass bei Redaktionsschluss des Verwaltungsberichtes der Deckungsgrad der Pensionskasse noch nicht festgestanden ist. Mittlerweile steht er wohl fest und wir würden gerne hören, wie sich der Deckungsgrad entwickelt hat.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Werter Präsident, werte Anwesende, der Deckungsgrad der Pensionskasse Zollikofen beträgt 103,9 %.

Präsident: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Es gibt keine Bemerkungen.

3. Bau (S. 38-44):

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK hat zwei Bemerkungen. Auf Seite 39 stellten wir fest, dass die tabellarische Übersicht über die Veränderung der Wohnungszahlen nicht vollständig ist und in einer Spalte, bei den 4-Zimmer-Wohnungen der Brutto/Netto-Zuwachs nicht zusammengezählt worden ist. Es müsste hier wohl 21 statt 0 heissen. Eine andere Bemerkung, die uns wichtiger erscheint: auf Seite 44 ist im ersten Satz des zweiten Abschnitts, im Kapitel zur Schulanlage Geisshubel zu lesen, dass der Verpflichtungskredit von der Baukommission zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet worden sei. Die GPK stellt fest, dass hier der Instanzenweg etwas gar verkürzt wiedergegeben worden ist und es könnte auch ein falscher Eindruck entstehen. Denn die Abstimmungsvorlage, die vor das Volk kam, ist nach der Beratung durch die Baukommission und durch den Gemeinderat im GGR ja noch abgeändert worden, der entsprechende Kredit wurde gekürzt. Wir fanden dies eine sehr verkürzte Formulierung und glauben daran, dass es beim nächsten Mal sicher wieder besser sein wird.

Präsident: Danke. Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Stefank Funk, Gemeindepräsident: Wir werden uns Mühe geben nächstes Jahr, Danke.

Präsident: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder. Wird es gewünscht? Ich hoffe nicht, dass ich Sie mit meiner Bemerkung so erschreckt, habe, dass Sie nichts mehr sagen. Ich gehe aber gerne über zu Punkt 4.

4. Betriebe (S. 45-49)

Präsident: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkung.

Präsident: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsident: Dann kommen die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsident: Dann kommen wir zu Punkt 5.

5. Bildung (S 50-62)

Präsident: Die GPK hat das Wort.

Thomas Ackermann, GPK: Die GPK hat drei Bemerkungen zu diesem Kapitel. Die erste betrifft Seite 51. Es geht um die Lehrpersonen. Die GPK fragt, ob die neun Lehrpersonen für die Aufgabenhilfe effektiv ausgebildete Lehrpersonen oder Personen ohne pädagogische Ausbildungen sind? Zweite Frage, Seite 52, Primarschülerinnen und Schüler: Die GPK fragt, nach welchen Kriterien die Schülerinnen und Schüler der Kategorie "Fremdsprachige" zugeordnet werden? Sind das auch Fremdsprachige mit schweizerischer Landessprache? Ist die Muttersprache massgebend und nicht die im Laufe der Schulzeit erworbenen Deutschkenntnisse? Am Schluss hat es immer etwas gleich viel. Wir gehen davon aus, dass sie in der Zwischenzeit Deutsch lernen.

Dann auf Seite 56, Zusammenarbeit Schule/Eltern: die GPK vermisst im Verwaltungsbericht erneut die Angaben zu den Tätigkeiten der Elternräte, die ja im Schulreglement erwähnt sind.

Präsident: Danke. Der Gemeinderat hat das Wort.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Gerne gebe ich Antworten in Stellvertretung von Sabine Huber. Zu den Lehrpersonen Aufgabenhilfe: 6 der 9 sind diplomierte Lehrpersonen und drei Aufgabenhelferinnen haben eine kaufmännische Ausbildung. Gestützt auf die Muttersprache, also die Erstsprache, wird ein Kind als fremdsprachig eingestuft. Das gilt auch für Kinder die als Muttersprache eine unserer Landessprachen haben, also französisch, italienisch oder rätoromanisch. Die Einstufung erfolgt aufgrund der Angaben der Eltern auf dem Anmeldeformular des Kindergartens.

Präsident: Danke. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Das Wort wird nicht gewünscht.

Präsident: Dann kommen wir zum Punkt 6.

6. Soziales (S. 65-77)

Keine Bemerkungen.

7. Sicherheit (S. 78-84)

Präsident: GPK?

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat eine Bemerkung. Seite 79, Gewerbepolizei, da wünscht die GPK, dass man in Zukunft bei Neueröffnungen und Schliessungen von Gewerbebetrieben die Namen der Betreiberinnen und Betreiber nicht mehr so explizit erwähnt, wie jetzt .

Präsident: Danke. Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Edgar Westphale, Gemeinderat: Wir haben das jetzt jahrelang immer so gemacht, wird es nicht als notwendig erachtet oder ist es aus Personenschutzgründen? Nur damit wir die Begründung weiternehmen können. Einfach sagen "wir wollen es nicht mehr " ist ein wenig...

Peter Bähler, GPK: Es geht vor allem um den Personenschutz. Sonst würde dann weiter oben interessieren, an wen die zugestellten Verfügungen gegangen sind.

Präsident: Danke für die Klärung, das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Ich habe nur eine Frage: Wieso ist die Problematik der Tempo-30-Zone hier nicht aufgeführt? Denn Herr Westphale hat jeweils hier im GGR über die 30er-Zone berichtet?

Präsident: Will der Gemeinderat dazu Stellung nehmen?

Edgar Westphale, Gemeinderat: Es ist etwas kompliziert: Der Lead ist offiziell bei der Bauverwaltung. Die Signalisationen sind bei uns in der Sicherheit und ich habe vorwiegend über die Signalisationen und die Einsprachen bezüglich Signalisationen geredet, das war der Part, den ich vertreten habe. Darum ist es jetzt hier bei mir in der Sicherheit auch nicht als Ganzes aufgeführt.

Präsident: Danke. Gibt es noch Bemerkungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu Punkt. 8.

8. Planung (S. 85-89)

Präsident: Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat drei Bemerkungen: Auf Seite 87 bei den Projekten vermisst die GPK die Erwähnung, dass auch eine Planung zur Verlängerung der Buslinie 41 im Tun ist. Das ist hier nicht erwähnt, obwohl im letzten Jahr etwas gelaufen ist. Seite 88, Korridorstudie Nord, Verkehrsmanagement: Die GPK stellt fest, dass die regionale Verkehrskonferenz RVK 4 ihre Aufgaben per 1. Januar 2010 an die Regionalkonferenz Bern Mittelland abgetreten hat und dort ist neu das Fachgremium "Kommission Verkehr" zuständig. Es ist noch eine alte Formulierung drin. Und auf Seite 89 stellt die GPK anerkennend fest, nachdem wir im letzten Jahr reklamierten, dass im Jahr 2011 die Umwelt- und Landschaftskommission sich zu vier Sitzungen getroffen hat. Danke.

Präsident: Danke. Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zur ersten Bemerkung der GPK. Die Linie 41 ist nicht erwähnt, weil im 2011 keine Aktivitäten gewesen sind, erst jetzt im 2012, es wird also im nächsten Verwaltungsbericht sein. Die Bemerkung zur Seite 88 stimmt, dankeschön. Die Informationen betreffend Seite 89 nehmen wir anerkennend zur Kenntnis.

Präsident: Danke. Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Zu Seite 85, Planung, Planung Lättere: Es wird kein Wort verloren, dass der Hang nicht eingezont ist. Im ganzen Heft wird jeweils auf wichtige Ereignisse oder Beschlüsse hingewiesen, die im Folgejahr erfolgen. Hier hätte der zuständige Gemeinderat, nämlich der Gemeindepräsident Funk hinweisen sollen, dass der Einzonungsbeschluss im Februar 2012 dem GGR vorgelegt wird.

Zu Seite 86, Schäferei: Auffallend und bezeichnend ist, dass das traurige Ereignis des Abbruchs des Wölfli-Bauernhauses letztes Jahr nicht erwähnt wird. Nach den Informationen aus dem Verein Wölfliheimet mit Präsident Pfarrer Hundius hat sich Gemeindepräsident Funk sehr aktiv um den Abbruch bemüht. Don Camillo und Peppone ist also in Zollikofen eine verkehrte Geschichte. Die letzte Mauer, die Frontmauer, ist am 19. Mai um 14.47 Uhr ins schöne Gärtli gefallen. Das ist photographisch festgehalten.

Zu Seite 86, öffentlicher Verkehr, Tageskarten: Nicht in Ordnung ist, dass im 2011 Fr. 17'000.- Gewinn gemacht wurde. Der Zweck der verbilligten Tageskarten ist doch der, dass der Öffentliche Verkehr gefördert wird. Zudem empfinden wir die Vollkosten-Kalkulation als falsch, die Angestellte im Empfangsraum ist im Fixlohn angestellt. Ob sie ein paar Minuten für den OeV arbeitet macht doch nichts aus. Ich stelle hier keinen Antrag, aber ich meine, man sollte das den Bürgern weitergeben können, dass man den Einkaufspreis festlegt und nicht noch einen Zuschlag.

Zu Seite 87, Verkehrsplanung, Umsetzung Gesamtverkehrskonzept: Da wird dargestellt, dass die Einführung der Tempo-30-Zonen wegen der Einsprachen gegen die Öffnung der Schäfereistrasse verzögert wurde. Tatsache ist, dass alle Einsprecher die sofortige Einführung ausdrücklich befürwortet haben. Die Verzögerung ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde die Öffnung gar nicht öffentlich kundgetan hatte und dass deshalb eine zweite Runde verfügt worden ist. Zum Verfahren selbst: Die Einsprecher hatten beim Regierungstatthalter Lerch, SP, einen Augenschein verlangt. Sein wissenschaftlicher Mitarbeiter, Sejee Phurtag, hat aber den abweisenden Entscheid ohne Augenschein vorgenommen. Das ist Verweigerung des rechtlichen Gehörs. Die Einsprecher, nicht alle, sind dann ans Verwaltungsgericht gelangt. Dieses hat aber von jedem Einsprecher einen Kostenvorschuss von Fr.

1'000.- verlangt. Niemand hat diesen Betrag zahlen wollen oder können, weil bei verlorenem Ausgang dazu noch die hohen Anwaltskosten der Gemeinde zu berappen gewesen wären. So läuft das in unserer viel gelobten Demokratie.

Präsident: Danke. Gibt es weitere Voten aus dem Parlament?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsident: Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsident: Wir kommen zum Schwerpunktprogramm.

Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 11/15 (S. 91-106)

Präsident: Hat die GPK Bemerkungen?

GPK: Kein Wortbegehren.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderat: Kein Wortbegehren.

Präsident: Haben die Ratsmitglieder Bemerkungen?

Toni Oesch, FdU: Zum Schwerpunkt auf Seite 95 unten, wegen der Tempo-30-Zonen verweise ich auf meine Ausführungen zur Verkehrsplanung Seite 87.

Auf Seite 96 oben heisst der Schwerpunkt: "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig. Der Lösungsansatz lautet "Die Grünflächen aufwerten und vernetzen". Bei den Beurteilungen heisst es "erfüllt". Unsere Meinung in Bezug auf die Lättere-Einzonung ist "nicht erfüllt". Dort wird eine Grünfläche "z'Bode" gemacht.

Präsident: Danke. Gibt es weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben.

Gestützt auf den Artikel 54, Littera 2c der Gemeindeverfassung nimmt diese Versammlung vom Verwaltungsbericht der Departemente 1 – 8 Kenntnis und die Berichterstattung 2011-2015 wird ebenfalls zur Kenntnis genommen. Wir kommen nachher noch zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse und werden dort die Diskussion noch öffnen. Es ist ja nicht bestritten, die Kenntnisnahme damit auch hier dokumentiert.

Ich komme zur Abschreibung der Motion, respektive des Postulates. Hier zeigte die Diskussion, dass wir sie sehr wahrscheinlich auseinandernehmen. Ich eröffne die Diskussion, wem darf ich das Wort geben?

GPK: Keine Bemerkung.

Präsident: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Auch noch keine.

Präsident: Dann eröffne ich die Diskussion. Es fielen ja bereits verschiedene Voten, werden diese hier noch ergänzt?

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte kurz auf die Begründung reagieren, die Gemeinderätin Mirjam Veglio nachgeliefert hat, warum Punkt d vom Postulat erfüllt sein soll. Und es geht ja nur um diesen, das ist der einzige, der dazumal erheblich erklärt worden ist und noch hängig ist. Sie hat vier Punkte aufgezählt. Einer davon ist schon länger erfüllt, er kann nicht als zusätzliche Massnahme gelten, wie es das Postulat verlangt. Der zweite Punkt, der Dankes Anlass für die Freiwilligen, das ist etwas, was im Postulat in einem anderen Punkt angesprochen wurde, bei den zusätzlichen Massnahmen und dort geht es eben nicht um den Anerkennungsanlass, also zählt der auch nicht. Es bleiben noch zwei versprochene Neuerungen übrig: Eine davon betrifft die privaten Mandatsträger, das ist ein wichtiger Teil der freiwilligen Arbeit in der Gemeinde aber deckt lange nicht alle Bereiche ab. Und der letzte Punkt den Mirjam Veglio erwähnte, wenn ich es richtig verstanden habe, die Anstellungsbedingungen im KIBEZ zu verbessern, das leuchtet mir nicht ein, warum das etwas mit Freiwilligenarbeit, die in der Regel eben ehrenamtlich oder minim entschädigt ist, zu tun haben soll. Der langen Rede kurzer Sinn: Das Postulat wünschte die Prüfung von zusätzlichen Massnahmen zur Förderung der Freiwilligenarbeit, die auf breiter Basis in den verschiedensten Bereichen der Gemeinde geleistet werden und in der Begründung, die zur Abschreibung vorgelegt wurde, ist nichts aufgelistet. Es würde nicht schaden, wenn man nochmals über die Bücher gehen würde und vielleicht in einem Jahr oder wann auch immer eine kleine Übersicht abgeben könnte, was man geprüft hat, was infrage kommt davon und was allenfalls nicht infrage kommt. Darum möchten wir weiterhin beantragen, dass man dieses Postulat heute nicht abschreibt.

Präsident: Danke. Wird das Wort gewünscht?

GPK: Keine Wortmeldung.

Präsident: Hat der Gemeinderat Wortmeldungen?

Gemeinderat: Keine Wortmeldungen.

Präsident: Dann komme ich zur Abstimmung und werde das auseinandernehmen. Als erster Punkt steht die **Motion von Anne-Marie Pfiffner und Mitunterzeichnende betreffend "Förderung der Sprachkompetenz fremdsprachiger Kinder im Vorschulalter"** zur Debatte. Wer der Abschreibung und dem Antrag des Gemeinderates zustimmen kann, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das ist das grosse Mehr.

Dann kommen wir zum **Postulat Edith Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Feuerwehr und andere Freiwilligenarbeit endlich fördern statt besteuern"**. Wer dem Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung zustimmen kann, soll das mit Handerheben bezeugen.

Präsident: **Somit wird 20 zu 12 das Postulat Edith Vanoni abgeschrieben.**

Präsident: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

Abstimmung:

1. **Der Verwaltungsbericht 2011 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:**
 1. **Präsidiales**
 2. **Finanzen**
 3. **Bau**
 4. **Betriebe**
 5. **Bildung**
 6. **Soziales**
 7. **Sicherheit**
 8. **Planung**

2. **Die Berichterstattung 2011 zum Schwerpunktprogramm 11/15 wird zur Kenntnis genommen.**
3. **Die Motion Anne-Marie Pfiffner und Mitunterzeichnende betreffend "Förderung der Sprachkompetenz fremdsprachiger Kinder im Vorschulalter" und das Postulat Edith Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Feuerwehr und andere Freiwilligenarbeit endlich fördern statt besteuern" werden erledigt abgeschrieben.**

37 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde

Jahresrechnung 2011 inkl. Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Zum Vorgehen: Es ist wie jedes Jahr, wir halten zuerst einen Teil für allgemeine Bemerkungen ab. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten und dann noch die Produktrechnung NPM, Berichterstattung für die Sekundarstufe I behandeln. Die GPK hat das Wort.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK hat die Rechnung im Beisein von Finanzverwalter Daniel Bichsel geprüft. Er hat alle Fragen, vor allem Verständnisfragen, entweder an der Sitzung beantworten können oder dann nachträglich noch schriftlich. Für die Teilnahme an unserer Sitzung und die umfassende und transparente Darstellung der Finanzzahlen möchte die GPK herzlich danken. Wo nötig, werden GPK-Mitglieder noch während der kapitelweisen Beratung einzelne Bemerkungen machen.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Die Jahresrechnung, einmal mehr kann man sagen, diesen Ausdruck werden wir wohl ein paar Mal hören, schliesst mit einem Überschuss ab, den wir zusätzlich abschreiben. Ich bin froh, dass dem so ist, lieber, dass wir etwas abschreiben und Schuldenabbau machen, als dass wir Schuldenzuwachs hätten und anderweitig schauen müssten wie es für unsere Gemeinde verträglich weitergeht punkto Finanzen. Grundsätzlich darf man auch erwähnen, dass die Budgetdisziplin sehr gut eingehalten wurde, es gibt sicher immer wieder Abweichungen, das liegt in der Sache, es wird aber auch sehr seriös budgetiert. Die Abweichungen bei den Investitionen machen uns auch immer zu schaffen. Im Jahr 2011 blieben die Nettoinvestitionen unter den budgetierten Werten. Dieses Jahr geht es los, wir machen jetzt eins ums andere. Die grossen Brocken, die teilweise auf politischen Wegen und Abklärungen sind und zusätzlichen Versionen, die man ausarbeiten musste, sind verzögert worden. Nicht, weil man sie nicht machen wollte, sondern hauptsächlich wegen vertiefter Abklärungen. Aber jetzt fängt Geisshubel an und das Gemeindehaus und der Kindergarten, das wird das nächste sein, das man in Angriff nimmt. Die Schuldenreduktion, das habe ich schon gesagt, ist gut, die Liquidität wird für uns besser, wir werden vermutlich in der Lage sein, im Verlaufe dieses Jahres der Bank keine Zinsen mehr bezahlen zu müssen.

Der Selbstfinanzierungsgrad hat eine unwahrscheinliche Höhe von 728 % erreicht. Wenn man den Verkauf der GGA herausnimmt, dann sind es noch 350 %, er halbiert sich so schon mal, das ist eine erfreuliche Zahl. Aber man darf sich von dieser nicht blenden lassen, ihr habt die Zahlen gelesen und gesehen, wie solch hohe Zahlen entstehen. Man ist dort aber auch wieder rasch im Keller, wenn das Pendel auf die andere Seite ausschlägt. Die Abwasserrechnung ist ohne Einnahmen-Überschuss, wir haben dort einen Aufwand-Überschuss von Fr. 676'000.-. Er hat sich vermindert indem wir den Regenüberlaufbecken-Fonds aufgelöst haben, das ergab etwas über Fr. 320'000.-. Zur Verbesserung der Rechnung: Ich will nicht alle Zahlen wiederholen, Sie haben das selber gesehen. Die grössten Sachen sind in Punkt vier, Die Steuereinnahmen haben sich um 1,5 Mio. Franken verbessert gegenüber der Budgetierung. Bei Punkt sechs sind die wesentlichen Abänderungen, die auch zur Entlas-

tung und Belastungen geführt haben, die zahlenmässige Differenzen gehabt haben. Soweit meine Ausführungen zur Rechnung. Der Gemeinderat wird diese Überschüsse durch zusätzliche Abschreibungen neutralisieren. Die Praxis der Vergangenheit, indem man der Meinung ist, dass das Eigenkapital hoch genug ist, das wurde grossmehrheitlich in den letzten Jahren so beschlossen. Dadurch kamen wir auch zu zusätzlichen Abschreibung, diese Praxis hat sich bewährt, wir werden das wieder so beantragen. Danke. Für Fragen und Unklarheiten stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Präsident: Danke, somit wäre für allgemeine Bemerkungen das Wort offen für die Fraktionen.

Thomas Ackermann, CVP: Kurt Jörg hat es vorausgeahnt, es gibt immer den gleichen Satz auch bei uns, das Ergebnis der Jahresrechnung ist zum wiederholten Male erfreulich. Die CVP-Fraktion nimmt dies natürlich gerne zur Kenntnis und hat darauf verzichtet, das Haar in der Suppe zu suchen. Wir wollen nicht tadeln, sondern danken. Dem Finanzverwalter und seinem Team für die transparente und sorgfältige Rechnungsführung. Dabei schätzen wir die umfassenden Kommentierungen im roten Heft. Das dürfen wir nicht als selbstverständlich betrachten. Übrigens gilt bezüglich dieser Kommentierung die Handhabung: Es werden alle Abweichungen ab Fr.10'000.- zwischen Rechnung und Voranschlag kommentiert. Wir danken aber auch den politischen Behörden für den sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Schliesslich werden wir die vorliegende Rechnung mit den zusätzlichen Abschreibungen gutheissen.

Präsident: Danke, das Wort hat Marcel Remund.

Marcel Remund, FDP: Auch die FDP-Fraktion hat dieses Ergebnis erfreut zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2011 hat mit einem Gewinn von 1,7 Mio. Franken statt einem budgetierten Verlust von 1,4 Mio. Franken abgeschlossen. Wir danken dem Finanzvorsteher, dem Finanzverwalter und seinem Team für die kompetente Führung, Darstellung und Kommentierung der Jahresrechnung und natürlich allen, die zu diesem guten Resultat beigetragen haben. Auch wir werden die Jahresrechnung in der vorliegenden Form genehmigen. Die Besserstellung gegenüber dem Voranschlag bestätigt den Trend der vergangenen Jahre und kommt für uns nicht überraschend. Man sollte diesen Effekt bei zukünftigen Voranschlägen im Hinterkopf behalten. In Anbetracht der guten Ergebnisse der Vorjahre, welche dazu beitrugen, dass Zollikofen aktuell schuldenfrei dasteht mit dem Eigenkapital von 14,8 Mio. Franken (Plus allfälligen stillen Reserven auf dem Verwaltungsvermögen aus Zusatzabschreibungen der Vorjahre) lädt die FDP-Fraktion mit Ihrer Motion, welche sie an der GGR-Sitzung vom 25. April eingereicht hat, den Gemeinderat dazu ein, im Voranschlag 2013 die Steueranlage um einen Steuerzehntel zu senken.

Die Praxis der vergangenen Jahre, die Ertragsüberschüsse mit zusätzlichen Abschreibungen zu neutralisieren, erschwert die Vergleichbarkeit der Jahresrechnungen. Zusätzlich wird dadurch auch das Verwaltungsvermögen unter seinem tatsächlichen Wert ausgewiesen. Aber es hilft immerhin, zukünftige Abschreibungen zu reduzieren.

Wenn wir noch einen Blick auf die Verpflichtungen der Spezialfinanzierungen werfen, fällt auf, dass der Bruttobetrag um 5,3 Mio. Franken auf 33,8 Mio. Franken gestiegen ist, was grösstenteils durch die Zuweisung von 4,4 Mio. Franken aus dem Verkauf der Antennenanlage zurück zu führen ist. Ohne ins Detail zu gehen, ist es uns ein Anliegen, dass in Bereichen, in denen diese Rückstellungen aufgelöst werden können, die über Gebührensenkungen den Einwohnerinnen und Einwohnern von Zollikofen weitergegeben wird.

Wie bereits erwähnt, wird die FDP-Fraktion im Sinne des Gemeinderates stimmen und den Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen und die Jahresrechnung für das Jahr 2011 genehmigen. Besten Dank.

Präsident: Danke. Wem darf ich das Wort erteilen?

Markus Burren, SVP: Auch wir sprechen unseren Dank aus an Daniel Bichsel, Stefan Fässer und deren Team für die sauber dargelegte Jahresrechnung. Das Ergebnis ist erfreulich. Es gibt nichts was daran geschraubt werden könnte, auch wir sind einverstanden mit den Abschreibungen. Punkto Steuerfuss sind wir der Meinung, dass man das in der Budgetphase anschauen muss. Es wäre verfrüht, hier zu sagen, wir können die Steuern um einen Zehntel senken. Wir werden den Abschreibungen zustimmen und danken allen Beteiligten dieses Werkes.

Präsident: Es folgt Marceline Stettler.

Marceline Stettler, GFL: Der Rechnungsabschluss kann sich sehen lassen. Einmal mehr, kann man sagen. Wir danken dem Team und Daniel Bichsel ganz herzlich für die grosse und sehr exakte Arbeit. Zahlen lese ich Ihnen jetzt keine mehr herunter, Sie haben Sie alle gehört und "intus". Nur eine Bemerkung: Wer mag sich noch an die Budgetdebatte erinnern, wo man mit Kürzungsanträgen manchmal fast etwas verbissen gegeneinander gekämpft hat? Zum Beispiel als es um die Zivildienstleistenden der Tagesschule, oder als es um die Gesundheitsförderung in der Primarschule ging. Dies natürlich immer im Hinblick auf das drohende Defizit, das ein halbes Jahr später, "Schwupp", einfach fort ist. Vielleicht mögen wir uns ja in der nächsten Budgetdebatte noch daran erinnern. Wir genehmigen die Rechnung in der vorliegenden Form und danken.

Beat Nydegger, SP: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Auch wir danken Daniel Bichsel und seinem Team für die wie immer transparente Jahresrechnung und die Erläuterungen zu den wesentlichsten Abweichungen. Im Prinzip müssen aus diesem Buch nur die Seiten 2-17 studiert werden, und Mann und Frau ist bestens im Bild über die Finanzen von Zollikofen. Ich werde mich kurz fassen, geht es doch bei der Jahresrechnung um gehabte Freuden. Die Jahresrechnung fällt gegenüber dem Budget um rund 3,1 Mio. Franken besser aus. Die wichtigsten Besser- und Schlechterstellungen sind aus Seite 3 aufgezählt, es konnten dabei rund 2,4 Mio. Franken erklärt werden. Was aber speziell ist, dass bei den Besserstellungen rund 1,5 Mio. Franken im Einflussbereich der Gemeinde lagen und die Schlechterstellungen von rund Fr. 600'000.- alle ausserhalb des Einflussbereiches der Gemeinde. Ich darf überdies festhalten, dass die Budgetdisziplin gut ist. Unser Dank gilt daher auch dem Verwaltungspersonal für die Budgetdisziplin, denn sie hat doch für Besserstellungen von Fr. 700'000.- gesorgt, nämlich die, die erklärt werden konnten, also die Differenz zwischen 3,1 Mio und 2,4 Mio Franken.

Erfreulich ist auch, dass wir unsere Investitionen vollständig selber finanzieren konnten und kein Fremdkapital aufnehmen mussten. Erfreulich ist auch der stabile Steuerertrag der natürlichen, aber auch der juristischen Personen, gesamthaft liegen beide über dem Budget. Sehr gut sind die Finanzkennzahlen auf Seite 16 und 17 und sehr gut ist auch die Schuldsituation, siehe Seite 15, wir haben nur noch 3 Mio. Franken Schulden gegenüber Dritten und noch 18 Mio. Franken uns selber gegenüber, sprich gegenüber den Spezialfinanzierungen. Gesamthaft steht unsere Gemeinde sehr gut da, wir haben einen hohen Eigenkapitalanteil von 14,8 Mio Franken oder 9,5 Steueranlagezehnteln, fast keine Schulden mehr. Mit diesem Jahresabschluss, den vorgenommenen a.o. Abschreibungen – die uns finanzpolitisch mehr Spielraum geben, haben wir eine gute Ausgangslage für die Zukunft geschaffen.

Die SP wird also dem Antrag des Gemeinderates vollumfänglich zustimmen, die Jahresrechnung genehmigen und vor allem auch dem Nachkredit für die zusätzlichen Abschreibungen zustimmen.

Nun noch eine persönliche Bemerkung weil es vorläufig das letzte Mal ist, dass ich über die Jahresrechnung von Zollikofen etwas sage (never say never again). Ich überschaue nun 12 Jahresrechnungen als Parlamentarier und weitere 5 Jahresrechnungen als Mitglied der Finanzprüfungskommission, also 17 Jahre und dabei fällt in Zollikofen folgendes Phänomen auf. Bis auf ein Mal werden uns im Herbst jeweils schlechte Budgets und Finanzpläne mit noch düstereren Prognosen gezeigt mit der Aussage, wir müssten sparen, sparen, sparen. Nicht einmal ein Sonnenschutzsegel für den Kinderspielplatz liegt dann jeweils drin. Und im

Frühling ist alles ganz anders. Zwischen dem budgetierten Verlust und dem tatsächlichen Rechnungsergebnis klaffen zum Teil Millionendifferenzen. Zum Glück – wie gesagt bis auf ein einziges Jahr – immer in die positive Richtung. Diese Taktik muss aber nun zu Ende gehen. Warum? Das Ziel ist erreicht. Wir werden dieses Jahr der Postfinance das letzte Darlehen von 3 Mio. Franken zurückzahlen und haben somit keine Schulden gegenüber Dritten mehr. Das heisst, Zollikofen ist schuldenfrei. Einzig unseren Spezialfinanzierungen schuldet der Steuerhaushalt noch Geld, dieses kann aber nur mittels Verlusten in den spezialfinanzierten Rechnungen abgebaut werden. Und übrigens, mit dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM 2 wird in drei bis vier Jahren aus diesen Schulden plötzlich zweckgebundenes Eigenkapital. Im Weiteren ist das Verwaltungsvermögen durch die seit Jahren vorgenommenen Zusatzabschreibungen auf einen sehr tiefen Wert gesunken. Das ist schön, uns geht aber das Abschreibungssubstrat aus. Deshalb wohl auch die Versuche des Gemeinderates, mehr Investitionsmittel zu kreieren, sprich teurerer Neubau statt günstigere Sanierung. Aber, die Sanierung trug halt dem düsteren Budget Rechnung und nicht den grossen Ertragsüberschüssen.

Was können wir tun: Die Ausgabenseite mehr belasten. Das machen wir zum Teil auch: Sportzentrum Hirzenfeld, Oekostrom, teurere Holzschneitzelheizung. Es gäbe noch weitere sinnvolle Dinge wie Ausbau öffentlicher Verkehr, mehr Kita-Plätze, aber auch Energieeinsparungen, das Wort Minergie brauch ich nicht so gerne. Die Ideen kommen dabei immer von der SP und der GFL, oder aber wir senken die Steuern. Das ist in jedem Wahljahr eine bekannte FDP-Forderung, das kommt alle vier Jahre wieder. Aber, das muss ich leider gestehen, in der aktuellen Situation von Zollikofen, wohl auch eine diskutierbare Forderung. Heute ist nicht die Zeit, wohl aber an der Budgetsitzung im Herbst. Dort wird dann heftig diskutiert, ob wir uns auf der Ausgabenseite mehr leisten wollen oder ob wir die Mittel auf der Einnahmenseite begrenzen wollen.

Eines ist für mich aber klar: Budget und Planrechnungen werden in Zollikofen traditionell zu düster dargestellt und ein Budgetdefizit von 1,5 – 2 Mio. Franken sollte uns eigentlich in diesem Parlament nicht mehr beunruhigen.

Und zum Schluss noch eins, es wurde von einem alten FDP-Kämpfer mehrmals gesagt: "Es sind ausgeglichene Jahresrechnungen und damit meine ich echt ausgeglichene Jahresrechnungen anzustreben und nicht ausgeglichene Budgets oder Planrechnungen." Damit hätte ich geschlossen.

Präsident: Ich sage zum zweiten Mal Danke. Weitere Fraktionsmeinungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Toni Oesch, FdU: Zu Punkt A), allgemein: Wie jedes Jahr lege ich meine nachgeführte Tabelle über die Jahresrechnungen auf, dieses Mal über die Jahre 2008 bis 2011.

Rechnungsjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
in Tsd.Fr.						
a) Voranschlag:						
Aufwandüberschuss	-507	-1'492	-1,200	-541	-651	-1'410
b) Abschlussprognosen im Oktober des lfd. J.:						
Aufwandüberschuss	-556	-823	-800			
Ertragsüberschuss +				57	2'537	300
c) def. Rechnungsergebnis:						
Ertragsüberschuss +	426	1'209*)	917*)	443*)	3'376*)	1'707*)
Fehlprognosen rd. +	933	2'701	2'117	984	4'027	3'117
Steueranlage	1,45	1,45	1,45	1,40	1,40	1,40

*) 2006-2011 total 7,6 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet (wären effektiv Eigenkapital)

= allein 2006 - 2011 zu viel bezahlte Steuern rund 8,1 Mio.Fr.

Eigenkapital per anf. Jahr:						
in Mio. Fr.	14,3	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7

Bestandesrechnung per 1.1.2012:					Mio.Fr.
	Finanzvermögen				36,8
	Verwaltungsvermögen				17,9
			Total		54,7
Brandversicherungswerte:		Gebäude			111,2
		Mobilien			14,1
	Mittel und langfristige Schulden				3,0

Als grosse Errungenschaft werden neu im Protokoll die aufgelegten Folien wiedergegeben, wie ich's schon seit langem propagiert habe. Mit bestem Dank an Frau Zürcher. Ich habe vorher noch mit Frau Roll geredet, es ist also möglich. Eventuell ist es möglich, diese Folien etwas grösser als Beilagen abzugeben. Deshalb kann ich darauf verzichten, viele Zahlen abzulesen. Die erste Zeile zeigt die Budgetzahlen.

Fürs Jahr 2011 sind Fr. 1'410'000.- Aufwandüberschuss budgetiert worden. Anlässlich der Budgetierung für das Jahr 2012 ist im Oktober letzten Jahres bereits ein Ertragsüberschuss von Fr. 300'000.- prognostiziert worden. Damals haben wir einen Ertragsüberschuss von Fr. 500'000.- vorausgesagt. Darum haben wir aufgrund der Erfahrungswerte eine kleine Steuer-senkung für 2012 von 0,2 Steuerzehntel beantragt, von 1,40 auf 1,38 der Anlage.

Dabei hat mich nur ein einziges GGR-Mitglied unterstützt. Heute wird nun ein Ertragsüber-schuss von Fr. 1'707'000.- vorgelegt, also eine Fehlbudgetierung von sage und schreibe Fr. 3'117'000.-. Das freut alle wie wir soeben gehört haben. Uns aber nicht, denn den Steuer-zahlern sind allein in den letzten 6 Jahren 8,1 Mio. Fr. zu viel an Steuern aus dem Portemonnaie geholt worden. So hohe Ertragsüberschüsse verleiten zu Ausgaben des Wunschbedarfs und zu überhöhten Investitionen. Um die finanzielle Situation anders darzustellen, zeige ich noch die Vermögensverhältnisse gemäss Buchhaltung:

Finanzvermögen Fr. 36,8 Mio, im Verwaltungsvermögen Fr. 17,9 Mio. Total Fr. 54,7 Mio.

Brandversicherungswerte: Fr. 125,3 Mio. Das zeigt, dass wir mindestens 100 Mio. stille Reserven geäufnet haben. Die mittel- und langfristigen Schulden betragen Ende 2011 3 Mio. Fr. Die Rechnungsüberschüsse der letzten 5 Jahre sind als Überabschreibungen verwendet worden, sodass das Eigenkapital bei 14,7 Mio.Fr. stagniert hat. Ich habe hier schon etliche male auf den Unterschied zwischen Überabschreibung und Eigenkapital hingewiesen. Deshalb nur kurz: Die Überabschreibung können wir umschreiben mit „auf und davon“, während wir auf das Eigenkapital jederzeit zurückgreifen können, sei es im Notfall oder bei einer übermässigen Steuersenkung, sodass ein Defizit zu decken ist. Dieses Eigenkapital macht bei uns etwa 9,5 Steuerzehntel aus. Das durchschnittliche Eigenkapital der bernischen Gemeinden beträgt etwa 12 Steuerzehntel. Wir befinden uns also im Minus. Wenn wir für 2013 wie bisher mit einem „Risikozuschlag“ budgetieren, und somit wieder einen grossen Ertragsüberschuss produzieren, können wir ohne weiteres die Steuern um einen vollen Steuerzehntel senken, das heisst von heute 1,40 auf 1,30. Wenn wir aber reell budgetieren und die Steuern senken, dabei aber in den Hammer laufen, sind wir froh, ein gutes Polster angelegt zu haben, von dem wir zehren können. Ich stelle deshalb folgenden Antrag: Vom Ertragsüberschuss 2011 legen wir 1 Mio. Fr. ins Eigenkapital und den Rest von Fr. 707'374.52 verwenden wir für Überabschreibungen. Das entspricht dem Modus, wie wir ihn früher angewandt haben.

Ein Wort zu Zollikon, unserer Schwestergemeinde: Ich weiss nicht, ob man noch die jährlich wiederkehrend gegenseitigen Besuche weiterführt. Zollikon hat ja für längere Zeit als Vorbild von Zollikofen gedient. So hat auch das Drama mit dem Hallenbad, später Freibad, angefangen. Zollikon weist für 2011 einen Ertragsüberschuss von 4 Mio. Fr. aus, bei Erträgen von 155 Mio. Im Aufwand sind 57 Mio. für den Finanzausgleich enthalten. Der Ertragsüberschuss wird voll dem Eigenkapital zugewiesen, das auf 65 Mio. anwächst.

Der Grund, wieso ich Zollikon erwähne, ist der, weil dort wie in vielen grossen Zürcher Gemeinden die Gemeindeversammlung das Zepter führt. Das sind meine Ausführungen.

Präsident: Danke, wir kommen dann zum Antrag in der Abstimmung .Weitere Fragen aus dem Rat? Möchte der Gemeinderat eine Ergänzung anbringen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Detailberatung - ich möchte Euch bitten, die Seiten und Kontonummern, sobald an der Reihe, klar auszusprechen, damit sich die anderen positionieren können - wir machen dies anhand der Farben.

Vorbericht (S. 1-19, weiss):

Markus Burren, GPK: Die GPK hat zwei Bemerkungen. Seite 11 oben; Lemma 1 ist der Absatz zu streichen, er stammt aus dem Vorjahr. Auf Seite 12, Steuern, 2. Lemma, dort ist ein Vertipper drin, das Konto heisst nicht 901.330. 03 sondern 903.330.03.

Präsident: Danke, dies ist zur Kenntnis genommen worden. Gibt es Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Zu Punkt B) Detailberatung, Seiten 1-19: Es fällt auf, dass der Kommentar „weniger Aufwand gegenüber dem Budget“ mehr vorkommt als der Kommentar „mehr Aufwand gegenüber dem Budget“.

Auf Seite 5, 4. Abschnitt, Eigene Beiträge: Hier wird jedoch auf die höheren Beiträge wie Lastenverteilung hingewiesen und auf Seite 9, Soziale Wohlfahrt, Ergänzungsleistungen EL, bestätigt, dass das mit der höheren Einwohnerzahl zusammenhängt. Auch bei etlichen anderen Ausgabenposten wird auf die Einwohnerzahl abgestellt. Dies zur Kenntnisnahme an die Finanzkommission bezüglich ihres Kommentars zur Lättere-Einzonung „mehr Einwohner, mehr Steuern“. Ergo werden Mehreinnahmen wegen der höheren Einwohnerzahl zum Teil oder ganz weggezehrt.

Seite 13, oben 2. Absatz Abschreibungen: Auf diese Abschreibungen werden wir in der Schlussabstimmung noch zurückkommen. 1 Mio. ins Eigenkapital, den Rest als Überabschreibungen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu den weissen Seiten? Das ist nicht der Fall.

Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 20+21, hellgelb):

Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 22+23, grün):

Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 24, rosa):

Artengliederung Laufende Rechnung (S. 25 – 29, weiss):

Artengliederung Investitionsrechnung (30 – 32, weiss):

Abschreibungstabelle (S. 33+34, hellblau):

Verpflichtungskreditkontrolle (S. 35-41, gelb):

Nachkreditabelle (S. 42-44, weiss):

Laufende Rechnung; Detail (S. 45-67, rosa):

Keine Bemerkungen.

Präsident: Wir kommen zu den laufenden Rechnungen, wo es Kontonummern hat. Wenn jemand eine Bemerkung hat, machen wir das kapitelweise:

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung (S.45 – 47):

Toni Oesch, FdU: Seite 45, Exekutive: Position 012, Punkt 317.01 Ratskredit Gemeinderat: Ich möchte den Grund wissen für die Erhöhung 2011 gegenüber 2010 von rund Fr. 5'200.- oder 44 %?

Präsident: Will der Gemeinderat gleich Antwort geben? Er sucht noch. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesen Seiten bis 47?

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Dort kam es zu Mehrkosten, denn über diesen Kredit wickeln wir auch die Jubiläen der über 95-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner Zollikofens ab. Wir hatten mehr 100-jährige Jubilaren als im langjährigen Durchschnitt und dazu kam ein Geschenk zur Verabschiedung des langjährigen Präsidenten des Vorsitzes Ortsverein.

Präsident: Danke, da kann Christoph Merkli noch lange warten (Die Protokollführerin: Publikum und Geburtstagskind lachen).

1 Öffentliche Sicherheit (S. 47 – 49)

Präsident: Auch hier gibt es keine Bemerkungen.

2 Bildung (S. 49 – 52)

Präsident: Wem darf ich das Wort erteilen? Nicht der Fall.

3 Kultur und Freizeit (S.53 – 55)

Markus Burren, SVP: Seite 54, Position 23, 491.01, Verrechnete Aktivzinsen, das kommt an verschiedenen Orten vor, vorher hörten wir, dass die Gemeinde keine Schulden mehr hat, wir haben eben doch noch Schulden, auch wenn es innerhalb ist, sonst würden wir ja nicht Zinsen zahlen.

Präsident: Das war eine Bemerkung. Gibt es weitere Punkte? Das ist nicht der Fall.

4 Gesundheit (S. 55 und 56)

Toni Oesch, FdU: Seite 55 unten steht Spitex Krankenpflege unter Position 440.365.03. Aufwand Fr. 20'515.20. Warum ist nicht budgetiert worden?

Präsident: Ich gebe das Wort an Daniel Bichsel weiter.

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Zum Zeitpunkt der Budgetierung wusste man, dass die Spitex direkt mit dem Kanton abrechnen wird. Früher rechnete die Spitex über die Gemeinde ab und diese rechnete dann mit dem Kanton ab. Für Ihre Hauptdienstleistungen konnte sie direkt mit dem Kanton abrechnen und dann hiess es plötzlich, der Fahrdienst und andere weitere Leistungen die allenfalls die Spitexorganisationen erbringen müssen, müssten die Gemeinden bevorschussen. Wir hatten die Dienstleistung Fahrdienst bestellt und mussten diese abrechnen. Das wussten wir zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht. Die ist erfolgsneutral, belastet die Gemeinde nicht, wir haben das über den Lastenausgleich Sozialhilfe im gleichen Betrag zurückerhalten.

5 Soziale Wohlfahrt (S. 56 – 59)

Toni Oesch,(FdU): Seite 57, Betagtenheim, Position 570.469.01, Abgeltung Infrastruktur. Der Ertrag von Fr. 280'039.35 ist auch nicht budgetiert. In den Vorstand des Betagtenheimvereins sind während vieler Jahre immer zwei Vertreter des Gemeinderates abdelegiert worden. So sind dort Ruedi Leuenberger vom Sozialen und ich von den Finanzen während etwa 12 Jahren tätig gewesen. Dann ist Ruedi Vögeli als Finanzvorsteher alleiniger Vertreter gewesen. Vor etwa 10 Jahren hat man diese Delegation leider abgestellt, aber seit dem Beschluss, das Betagtenheim aufzugeben, ist nun Kurt Jörg wieder dort im Vorstand. Ich stelle ihm deshalb drei Fragen.

- a) Wie läuft die Rechnungstellung des Infrastrukturbeitrages an die Heiminsassen ?
- b) Ist das der gleiche Betrag von Fr. 280'000 der auf der weissen Seite 2 als wiederkehrender Ertrag beschrieben ist ?
- c) Wie wird die gegenwärtig laufende Renovation im Betagtenheim finanziert?
Zum Beispiel Neuanstriche und Umwandlung von 2er- und 3er-Zimmer in Einzerrzimmer. Wer bestellt, kontrolliert und bezahlt?

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Als damals beschlossen wurde, dass niemand mehr vom Gemeinderat irgendwo in der Fraktion Vertretungen wahrnimmt, weil sie Leistungsverträge haben, ab diesem Moment ist niemand mehr vom Gemeinderat drin. Ich bin dort als Bürger von Zollikofen drin und fertig, nur dass das klar ist.

Die Abrechnung über den Infrastrukturbeitrag erfolgt über kantonale Vorgaben, das ist gesetzt, wird vom Heim den Bewohnern verrechnet, es sind 34 Franken pro Bewohner pro Tag. Das ist kantonal geregelt. Die zweite (dritte) Frage wie war die?

Präsident: Die Renovation.

Toni Oesch, FdU: (unterbricht) Das ist der gleiche Beitrag, der wird doch den Heimbewohnern belastet und kommt hier in der Gemeinderechnung, das kann nicht stimmen.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Nein, der kommt auch nicht direkt in die Gemeinderechnung. Das ist Rückerstattung von Infrastrukturen, der Zinsen, die noch darauf sind, von den Schulden, die noch vorhanden sind und für den Boden. Ist es gut?

Toni Oesch, FdU: Ja, aber jetzt noch die dritte Frage.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Die Renovation wird mit diesem Geld bezahlt. Dafür ist dieser Infrastrukturbeitrag. Das Heim bestellt, die Gemeinde bezahlt nichts, der Kanton kontrolliert.

Präsident: Gibt es noch weitere Bemerkungen zur sozialen Wohlfahrt? Das ist nicht der Fall.

6 Verkehr (S. 59 und 60):

7 Umwelt und Raumordnung (S. 60 – 65)

8 Volkswirtschaft (S. 64 -65)

9 Finanzen und Steuern (S. 65 – 67)

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung; Detail (S. 68-74, orange):

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat folgende Frage: Auf Seite 74, Position 790 562.01 erscheint ein Betrag von 140'000 Franken für die Grenzbereinigung mit der Gemeinde Münchenbuchsee. Der Finanzvorsteher wird gebeten, darzulegen, wie man auf diesen Betrag kommt für eine dort abgeholte Grenzkorrektur.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: Wie Ihr alle wisst, steht dort ein Gebäude, in dem ein Gemüseladen ist, dieses Gebäude geht schon heute über die Grenze. Nun gibt es neue Bauverordnungen und Vorschriften, dass nicht mehr über die Grenze hinweg gebaut werden darf, dass es getrennt sein muss. Das sind Vorgaben, die eingehalten werden müssen. Dadurch gab es eine Grenzbereinigung, diese geht zugunsten von Zollikofen, das gibt etwa 1000m² mehr Land. Wir haben dieses Land nicht gekauft, es gibt eine Grenzverschiebung, bei der dann 1000m² zu unseren Gunsten übergehen. Das Land ist Privateigentum, es wird nur die Grenze verschoben. Der jetzige Eigentümer hat jetzt einfach neu mehr Land auf Zollikofener Boden und weniger auf Buchsee-Boden. Münchenbuchsee stellte fest, dass wir Steuern umgehen. Die Wohnungen auf diesen 1000m² würden ein gewisses Steuersubstrat bewirken für die Gemeinde. Das wird auch so sein, das ist jetzt neu bei uns. Das mussten wir einmalig abgelten, mit diesen 140'000 Franken. Da wird also verloren gegangenes Steuersubstrat an Münchenbuchsee abgegolten.

Präsident: Danke, das könnte der Anfang einer Gemeindefusion sein (Protokollführerin: alle lachen). Weitere Bemerkungen?

Bestandesrechnung; Detail (S. 75-81, grün)

Anhänge 1-3 (S. 82-84, weiss)

Zusatzauswertungen (S. 85-94, weiss)

Keine Bemerkungen.

Präsident: Damit haben wir die Rechnung 2011 beraten. Wir kommen nun zur Produkterechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2011 für die Sekundarstufe I.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK hat die NPM-Prüfung auf der Grundlage umfangreicher Unterlagen vorgenommen. Diese sind der GPK im Voraus von den beiden Schulleitern der Sekundarstufe und von der Bereichsleiterin Bildung zur Verfügung gestellt worden. Für diese Vorbereitung möchten wir uns herzlich bedanken, auch bei Daniel Bichsel, der die nötigen Formulare bereitgestellt hat.

Grundsätzlich hat die GPK feststellen können, dass Anregungen aus der letztjährigen NPM-Kontrolle aufgenommen worden sind. So werden die Finanzflüsse nun auf dem ersten weissen Blatt im orangenen NPM-Dossier vollständig und transparent ausgewiesen.

Zwei Sachen waren in diesem Jahr speziell: Die GPK hat sich bei der NPM-Prüfung auf Stichproben beschränkt. Sie hat jene Indikatoren überprüft, die neu sind oder die letztes Jahr zu Bemerkungen Anlass gegeben hatten. Insgesamt kann die GPK bestätigen, dass die Berichterstattung des Gemeinderates richtig und aussagekräftig ist.

Die zweite spezielle Sache: Wir haben mit den Schulleitern und mit Gemeinderätin Sabine Huber konkrete Anliegen diskutiert. Sie hat insbesondere gewünscht dass das Controllingkonzept aus dem Jahr 2005 aktualisiert werden sollte. Ausserdem haben wir den externen Evaluationsbericht der PHBern zum NPM in der Sekundarstufe miteinander besprochen. Zudem hielt die GPK erneut fest, dass sie einer Optimierung des NPM-Verfahrens weiterhin offen gegenübersteht, dass auch der Aufwand bei Verwaltung, Schulen und uns selber weiter reduziert werden kann. Die GPK ist ebenfalls der Meinung, dass ihre Bemerkungen bei der NPM-Prüfung der Schulkommission zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Schliesslich ist die GPK der Meinung, der Evaluationsbericht sollte, sobald die bereinigte Fassung vorliegt, öffentlich zugänglich gemacht werden.

Präsident: Danke, wir bleiben bei den allgemeinen Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat sich äussern? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Roland Stucki, EVP: Ein kleiner Hinweis. Dies ist ein Bildungsdokument und ich wäre dafür, dass das Wort "Standard" richtig geschrieben würde.

Präsident: Weitere Bemerkungen allgemeiner Natur von den Fraktionen? Ist nicht der Fall. Bemerkungen der Ratsmitglieder?

Toni Oesch (FDU): Der Aufwand war ja ziemlich umstritten. Aber aufgrund der Auswertungen kann man sagen, es rentiert. Was da ausgewertet ist, ist fantastisch, auch für die Schüler, denn auch für den Nachwuchs ist das sehr wichtig.

Präsident: Weitere Fraktions- beziehungsweise Ratsmeinungen? Das ist nicht der Fall. Wir gehen die Produkterechnung nun im Einzelnen durch

Produkt 1 Unterricht:

GPK: keine Bemerkungen

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen

Produkt 2 Kultur und Projekte:

GPK: Keine Bemerkungen

Toni Oesch, FdU: Auf Seite 6, Punkt 2.7 ist 2011 ein Wert von 4.20 geschrieben das ist die schlechteste Note im ganzen Heft. Dort geht es um die Ferien, sie kommen später nochmals vor, auf Seite 17 steht: "Die Ferienordnung wird auch von den Lehrpersonen nicht geschätzt". Wer ist für diese Ferienordnung zuständig? Ist das die Kommission oder die Gemeinderätin? Denn so wie es jetzt ist, ist es nicht ideal. Man sollte das rasch ändern können.

Präsident: Toni Oesch äussert einen Wunsch und eine Anfrage. Kann der Gemeinderat hier antworten?

Bruno Vanoni, GPK: Soweit ich das verstanden habe, ist der Spielraum der Gemeinde bei einer Woche, den Rest der Ferien legt der Kanton fest. Der Spielraum, der offenbar nicht Anklang fand, ist die Reihenfolge zwischen Sportferien und Wintersportlager. Man diskutiert nun, ob eine umgekehrte Reihenfolge mehr Gefallen finden.

Präsident: Ich gehe davon aus, dass das eine mögliche Erklärung ist und frage an, ob noch weitere Punkte zu "Kultur und Projekte" bestehen? Das ist nicht der Fall.

Produkt 3 Gesundheit und Soziales:

Keine Bemerkungen

Produkt 4 Information und Zusammenarbeit:

Keine Bemerkungen

Anhang 1a:

Keine Bemerkungen

Präsident: Damit haben wir die Produkterrechnung NPM beraten. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt ein Antrag bezüglich Punkt 1 "Nachtragskredit für zusätzliche Abschreibungen". Der Antrag von Toni Oesch lautet: **Vom Ertragsüberschuss 2011 legen wir 1 Mio Franken ins Eigenkapital und den Rest von Fr. 707'374.52 verwenden wir für Überabschreibungen.**

Ich eröffne die Diskussion, der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderat: Wir halten an unserem Antrag fest.

Präsident: Ich frage die Ratsmitglieder an.

Ralph George, FDP: Ich habe zu diesem Thema eine Frage an Daniel Bichsel: Wenn man Überschüsse abschreibt, kann man diese bei Bedarf wieder aktivieren?

Daniel Bichsel, Finanzverwalter: Was abgeschrieben ist, ist abgeschrieben und kann nicht wieder aktiviert werden.

Toni Oesch, FdU: Ich möchte hier ergänzen, dass man nicht meinen darf - wenn man eine grosse Investition hat wie wir da gehabt hätten beim Neubau des Verwaltungsgebäudes mit 6,3 Mio. Franken - weil man in den Vorjahren Überabschreibungen gemacht hat, man könne dann statt der 10 % Fr. 630'000.- unterdrücken, da ist der Kanton nicht einverstanden, diese Erfahrung haben wir gemacht. Wenn wir das Geld in das Eigenkapital legen, haben wir etwas. Das können wir nehmen, wenn wir Steuern senken.

Präsident: Wir kommen zum Antrag Toni Oesch: "1 Mio Franken ins Eigenkapital und Fr. 707'374.52 für Überabschreibungen". Wer diesem Antrag zustimmt, soll die Hand erheben:

Der Antrag Toni Oesch ist 27 zu 1 Stimme abgelehnt.

Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Jahresrechnung, so wie sie vorliegt, zustimmen will, so die Hand erheben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mehrheitlich:

1. Der Nachkredit für zusätzliche Abschreibungen von Fr. 1'707'374.52 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2011 (Konto 990.332.01 – Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen) wird mit 14 zu 13 Stimmen genehmigt.

2. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2011 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 326'903.90 wird Kenntnis genommen. Die Mehrheit stimmt zu.

3. Die Jahresrechnung für das Jahr 2011, abschliessend mit:

- einem ausgeglichenen Saldo der Laufenden Rechnung;
- Nettoinvestitionen von Fr. 1'165'614.30
- Eigenkapital von Fr. 14'752'332.21

wird genehmigt.

Präsident: Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und auch dem Gemeinderat für die klare Berichterstattung danken. Dies ermöglicht auch ein zügiges Durcharbeiten der Rechnung.

38 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Nicole Zeiter und Mitunterzeichnende betreffend "Stromgelder einsetzen, um unsere Umwelt zu schonen"; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Die Motionärin hat das Wort.

Nicole Zeiter, SP: Der Gemeinderat empfiehlt, meine Motion nicht erheblich erklären zu lassen. Der Gemeinderat begründet seine ablehnende Haltung dieser Motion gegenüber in erster Linie damit, dass er nicht Rückerstattungsgelder der BKW für ein Förderprogramm verwenden will.

Da ich meine Idee nicht unnötig gefährden will, ändere ich den Motionstext wie folgt ab:

"Wir fordern den Gemeinderat auf, jährlich Fr. 100'000.- in Massnahmen zu investieren, welche die Umwelt schonen. Mögliche Verwendungsvorschläge sind

- **Beiträge an Liegenschaftsbesitzer, welche energetische Modernisierungen vornehmen und auf erneuerbare Energien umstellen.**

- **Bauliche Massnahmen vornehmen, um die gemeindeeigenen Liegenschaften auf erneuerbare Energien umzustellen.**

Und was ist die Idee dieser Motion? Zu dieser Frage kommt mir eine Liedtextpassage von Mani Matter in den Sinn: "Mues eigentlech aus gäng verhimuheilandonneret sy?" Das ist allerdings kein politisches Lied, diese Liedtextpassage passt jedoch gut zu unserem Umgang mit unserem Lebensraum.

Ich blicke zurück auf Tschernobyl und Fukushima. Bei uns in der Schweiz zeigt die neuste Entwicklung zwar weg vom Atomstrom in Richtung Gaskraftwerke, so hat vorgestern das Stromunternehmen "Groupe E" ein Baubewilligungsgesuch für eine Energiezentrale im neuenburgischen Cornaux eingereicht. Geplant ist ein Gaskombikraftwerk der 420-Megawatt-Klasse – das entspricht der Leistung der kleineren Schweizer AKW. Gaskraftwerke stossen jedoch viel CO₂ aus, das heisst, der Bau von Gaskraftwerken alleine bringt uns auch nicht ans Ziel.

Was sollen wir nur machen? Atomstrom importieren? Unmengen von Wasserkraftwerken bauen? Oder wollen wir unseren Lebensstandard einschränken? Ich will das alles nicht, und ich glaube, dass die meisten von Euch hier drinnen das auch nicht wollen. Doch wenn wir das alles nicht wollen, müssen wir mehr unternehmen um unsere Energie effizienter zu nutzen. Und zwar jetzt.

Wer soll etwas unternehmen? Meine Antwort: Alle sollen etwas unternehmen.

- Alle weltweiten Organisationen
- Die Wirtschaft
- Der Bund
- Der Kanton
- Und eben auch die Gemeinde Zollikofen
- Und jede einzelne Person

Was sollen wir in Zollikofen auf Gemeindeebene unternehmen? Es gibt ganz verschiedene Möglichkeiten. Der Motionstext lässt viel Handlungsspielraum zur Umsetzung, das heisst, die jährlichen Fr. 100'000.- können in ganz verschiedene zukunftsweisende Massnahmen investiert werden.

Eine mögliche Handlungsebene werde ich kurz beleuchten:

Im Kanton Bern hat jede dritte Liegenschaft Sanierungspotential im Energiebereich. 50-jährige und ältere Liegenschaften stehen hierbei besonders im Fokus. Die Gemeinde Köniz beispielsweise, bezahlt einen Beitrag an den GEAK, den Gebäudeenergie-Ausweis der Kantone. Ein Gebäudeenergie-Ausweis zeigt, wie viel Energie ein Gebäude für Heizung, Warmwasser, Beleuchtung und andere elektrische Verbraucher benötigt und gibt uns einen Hinweis für Verbesserungsmassnahmen. Ein solcher GEAK kann für die Liegenschaftsbesitzer ein Anstoss sein, energetische Massnahmen selber umzusetzen, zum Wohle unseres Lebensraumes.

Bei einem Förderprogramm auf Gemeindeebene könnten wir in Zollikofen eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion übernehmen und so unseren Image- und Standortvorteil weiter ausbauen, wir wären jedoch nicht die erste und somit auch nicht die einzige Gemeinde im Kanton Bern, die ein solches Förderprogramm hat. Denn wie schon erwähnt, haben Köniz und auch die Stadt Bern ein Förderprogramm in diese Richtung auf der Gemeindeebene. Wem kommt es zugute? Bei meinem Beispiel von energetischen Investitionen in Liegenschaften können einerseits Liegenschaftsbesitzer profitieren, und entgegen der Darstellung des Gemeinderates, können auch Mieter profitieren, da wir Mieter unsere Nebenkosten selber bezahlen, können wir ebenfalls von tieferen Nebenkosten profitieren. Zudem, und das ist das Ziel der Motion, profitiert unsere Natur und somit unser Lebensraum.

Ich gehe nochmals zurück zum Anfang und zur Liedpassage: "Mues eigentlech aus gäng verhimuheilandonneret sy?" Ich sage Nein, wir haben es selber in der Hand. Ich empfehle Euch, diese **abgeänderte** Motion für erheblich zu erklären.

Präsident: Danke. Motionärinnen und Motionäre können den Text bis zur Erheblichkeitserklärung anpassen. Ich stelle aber hier trotzdem ein Problem fest. Ursprünglich ging es in der Motion darum, Stromgelder einzusetzen, das ist jetzt aber in der abgeänderten Fassung nicht mehr der Fall. Der Titel der Motion müsste also auch geändert werden.

Nicole Zeiter, SP: Ich belasse den Titel so, es stimmt indirekt eben trotzdem.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Vizegemeindepräsident: "Verhimmeldonneret" muss nicht alles werden. Das ist nicht in unserem Sinn und Geist. Eins ist aber ganz klar, die Einstellung des Gemeinderates bleibt gleich. Denn diese Art "Sonderkässeli" führt nicht zu viel. Es gibt viel Aufwand, Verteilungsprobleme, und gerade in dem Bereich wo flächendeckend viel gemacht werden muss, und ich weiss, dass das in ihrem Sinn ist, aber es ist eben, auch, wie Frau Zeiter es gesagt hat, auch im Sinne der Eigenverantwortung. Ich glaube, das Ziel dieser Liegenschaftsberichte ist es, die Eigenverantwortung zu fördern, das kann man aber nicht durch die Subventionierung einer Isolation an einem Haus, das 200, 300 m² hat. Das wäre aber die Richtung, wenn man das gerecht verteilen würde. Machbar ist alles, aber das führt nicht zum Ziel. Wenn ich mich in Zollikofen umschaue, wird energietechnisch, insbesondere im Bereich Beleuchtung, sehr viel gemacht. Die Eigentümer der Liegenschaften werden fast dazu gezwungen, weil die Gesamtenergiekosten heute so hoch sind, dass es jedem von selber in den Sinn kommt, so gut wie möglich zu sanieren. Es ist Besitzern wie Mietern bekannt, dass es heute Verbesserungsmassnahmen in allen Bereichen gibt. So ein "Kässeli" aber, das schon existiert, aber nirgendwo richtig eingesetzt werden kann, oder zu grossen Förderprogrammen führt – wir sehen es jetzt gerade im Sektor Sonnenkollektoren – das war kurz ein Boom und ist jetzt total am Zusammenfallen, das sieht man an der Reaktion der Herstellerfirmen. Es ist eine Sache der persönlichen Investition und des persönlichen Willens. Es ist nicht Sache der Gemeinde, Quadratmeter-Subventionierung zu betreiben. Die Betreuung dieser Kasse würde sicher zwei oder drei Zehntel der Fondsgelder ausmachen. Wir machen Fernheizkraftwerke, Minergiebauten. Die Gemeinde macht bei jedem neuen Projekt Propaganda.

Der Gemeinderat lehnt dieses "Sonderkässeli" ab, auch wenn es aus der allgemeinen Rechnung finanziert werden soll und nicht über die BKW-Abgeltung.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Peter Bähler, SVP: Die Idee, eine Zweckbindung zu machen aus dem Geld des Stromlieferungsvertrages mit der BKW, was eigentlich der Ursprung der Motion war, ist mittlerweile weggefallen. Die Gemeinde Zollikofen trifft mit ihrem Betrag aus dem Steuerhaushalt bereits Massnahmen, die diesem Ziel entgegenkommen. Zweigen wir nun aber trotzdem Geld ab aus dem Budget, fehlt dieses andernorts. Wo nehmen wir es? In der Altersbetreuung, im Gebäudeunterhalt? Oder gleichen wir die Teuerung des Gemeindepersonals nicht mehr aus? Ich nehme nicht an, dass das die Idee der Motion ist. Auf der anderen Seite können wir heute über ca. 5 % der Gemeindefinanzen entscheiden und verfügen, alles andere ist gebunden. Wenn wir hiervon noch Geld nehmen, wird der Spielraum entsprechend kleiner. Es gibt heute schon viele Förderprogramme von Bund und Kanton in diesem Bereich. Müssen wir in Zollikofen wirklich einen Sonderzug fahren? Es kommt hinzu, dass mit dem heutigen Beschluss die Arbeit nicht gemacht ist. Es müssen Vorschriften erlassen werden: Wann, wofür und unter welchem Standard sollen Beiträge in welcher Höhe ausgerichtet werden?" Hinzu kommt ein anderer Aspekt, den wir heute auch schon gehört haben, wenn wir wirklich Fr 100'000.- abzweigen können, haben wir wirklich zuviel Geld in der Kasse. Darum lehnen wir die Motion auch in der vorliegenden Form ab.

Präsident: Danke, wem darf ich das Wort erteilen?

Christoph Merkli, GFL: Die GFL-Fraktion unterstützt das Anliegen der Motionärin auch in der neuen Form und empfiehlt, die Motion erheblich zu erklären. Das Anliegen der Motion ist nicht nur legitim, sondern es ist auch Zeit. Wir sind in einer Zeit, in der die sparsame Verwendung von Energie, der Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen immer wichtiger wird. Deshalb ist dieses Anliegen auch dringend. Der Gemeinderat führt als Hauptargument gegen die Motion auf, sie sei ungerecht, weil die, die zahlen, nicht dieselben sind, wie die, die das Geld bekommen. Ist das nicht bei vielen Leistungen des Gemeindegewesens genau gleich, dass die, die die Leistung erbringen, nicht immer im gleichen Mass davon profitieren? So zahlen auch kinderlose Personen mit an die Schulen, obwohl sie nicht direkt profitieren, auch autolose Haushalte zahlen mit an Nationalstrassen, auch solche die nicht ins "Hirzeli" baden gehen, zahlen mit an den Betrieb. Dazu kommt, dass das Geld nicht nur Privaten zugute kommt, wir haben auch gehört, dass bei den Liegenschaften auch die Mieter profitieren, nicht nur die Eigentümer, sondern es kommt dazu, dass ein Teil der öffentlichen Hand, die Gemeindeliegenschaften davon, dazu verwendet werden sollen. Der Gemeinderat ist, das hat auch die Motionärin gesagt, frei, weitere Massnahmen zu entwickeln, um die Umwelt zu schonen, die Motion ist in diesem Punkt sehr offen formuliert. Das Umweltkonzept der Gemeinde Zollikofen, das sich derzeit in Überarbeitung befindet, versteht unter Umwelt ja nicht nur die Energie, sondern auch Luft, Lärm, Abfall und andere Bereiche. Es wären also auch Massnahmen beispielsweise bei der Luftreinhaltung, bei der Abfallverminderung und bei der Lärmbekämpfung möglich. Der Gemeinderat schreibt, es sei nicht die Aufgabe der Gemeinde, ein weiteres Förderprogramm im Energiesektor zu lancieren. Erstens geht es der Motionärin nicht um die Energie, sondern generell um Umweltschutz. Zweitens ist die Förderung des Umweltschutzes im weiteren Sinne sehr wohl Aufgabe der Gemeinde, entsprechende rechtliche und politische Grundlagen gibt es sowohl auf kantonaler wie auf kommunaler Ebene.

Was die Energie anbelangt, möchte ich einmal mehr an die "Energistadt" erinnern. Im Politikplan 2012-2016 ist sie nach wie vor drin, ist das Ziel formuliert "sich als Energistadt weiter entwickeln", bis 2016, auch das haben wir heute schon gehört, bedauerlicherweise nicht 2014, soll das Goldlabel erreicht sein. Dass dazu zusätzliche Anstrengungen nötig sind, steht auch im Verwaltungsbericht, den wir soeben zur Kenntnis genommen haben. Genau diese Spezialfinanzierung wäre aus unserer Sicht eine solche zusätzliche Anstrengung, die es braucht und die Zollikofen weiterbringen würde. Der Gemeinderat schreibt weiter, er möchte keine Spezialfinanzierung einführen um nicht eine "Kässeliolitik" zu fördern, auch das haben wir vorher gehört, die Spezialfinanzierung hat aber eben auch einen positiven Nebenaspekt. Indem Mittel sichtbar sind für einen bestimmten Verwendungszweck und sie sind auch nicht kurzfristigen politischen Überlegungen ausgesetzt. Das ermöglicht eine längerfristige Planung und ein koordiniertes Vorgehen. Wir bitten Sie deshalb, die Erheblicherklärung der Motion zu unterstützen

Ralph George, FDP: Die Idee von Frau Zeiter ist unzweifelhaft sehr sympathisch. Aber das reicht eben nicht. Man muss sich vorstellen, dass dieser Betrag nicht einfach bei der Finanzverwaltung in einem "Kässeli" herumschwimmt und darauf wartet, dass irgend jemand eine gute Idee hat, was mit dem Geld zu machen sei. Im Gegenteil: dieses Geld wurde einmal von uns Steuerzahlern eingezahlt, die wir alle Strom beziehen. Die Rückvergütung hat den Zweck, dass eine gewisse Infrastruktur abgegolten werden kann, die die Gemeinde mit unseren Steuergeldern zahlt. Also gehört der Betrag, der zurück kommt, auch wieder dem Steuerzahler, bzw. der Gemeinde. Darum können wir diesen nicht einfach rausnehmen und anders verteilen. Insofern ist die Antwort des Gemeinderates richtig und wir werden das auch unterstützen. Wenn aber die Idee der SP weiter verfolgt werden soll, dann wäre dieser Antrag im Rahmen des neuen Budgets zu stellen. Dort kann beantragt werden, dass ein bestimmter Betrag freigestellt wird für einen solchen Fonds. Und dort kann man dann darüber verhandeln und es wäre dann rechtmässig beschlossen. Aber hier ist es meiner Meinung nach gar nicht zulässig, dass wir einen solchen Betrag einfach nehmen und anders einsetzen. Danke.

Präsident: Weitere Voten? Ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit. Der Gemeinderat beantragt, die Motion abzulehnen. Wer diesem Antrag zustimmt, soll dies mit Handerheben bezeugen:

Abstimmung:

Die Motion Nicole Zeiter und Mitunterzeichnende betreffend "Stromgelder einsetzen um unsere Umwelt zu schonen" wird mit 20 zu 12 Stimmen abgelehnt.

39 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Beitritt der Gemeinde zum Komitee Mühleberg – Verfahren", Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Es geht um die Erheblichkeitsklärung, der Motionär hat das Wort.

Marc Niklaus, SP: Ich freue mich sehr, dass wir uns mit dem Thema "Mühleberg" und auch dem Einspracheverfahren befassen können. Der Gemeinderat lehnt den Beitritt zum Komitee "Mühleberg Ver - fahren" ab. Das Komitee macht nichts anderes, als die Beschwerdeführer zu unterstützen, die die unbefristete Betriebsbewilligung des Kernkraftwerkes Mühleberg bekämpfen.

Beschwerdeführer sind nur dann einspracheberechtigt, wenn sie in der sogenannten Zone 1 und 2 wohnen. Zone 1 ist ca. 5 km rund um Mühleberg, Zone 2 geht Richtung Biel, Neuenburg, Freiburg, Burgdorf. Der Rest der Schweiz wird als Zone 3 bezeichnet. Man kann dem nicht nur "Risiko"- sondern auch "Schadenszone" sagen, falls etwas passieren sollte. Die Hauptargumente des Gemeinderates für diese Haltung sind, in Anbetracht der grossen Gefährdung der Region für eine Ablehnung viel zu wenig stichhaltig.

Das erste Argument ist folgendes: Ohne eine einzige Gegenstimme wurde Hans-Jörg Rhyns Motion damals angenommen, dass man ein unabhängiges, externes Komitee ein Sicherheitsgutachten verfassen lässt und Mühleberg erst danach wieder ans Netz bringt. Das war im letzten Herbst. Aufgrund dieser Motion wurde Frau Bundesrätin Doris Leuthard ein Brief geschrieben, darin wurde gefordert, zuerst ein unabhängiges Sicherheitsgutachten zu erstellen nicht nur durch das ENSI, das offenbar unter Verdacht steht, befangen zu sein. Leider bewirkte dieser Brief nichts. Im Schreiben wird bekräftigt, dass unsere in der Schadenszone 2 liegende Gemeinde ein unmittelbares Interesse an einem sicheren AKW hat, da Kernkraftwerke ein derart hohes Risiko darstellen, dass alles für die Sicherheit unternommen werden muss und dass wirtschaftliche Überlegungen der Energiekonzerne dabei keine Rolle spielen dürfen. Dieser Forderung wurde in keiner Weise entsprochen.

Das zweite Argument des Gemeinderates: Der Gemeinderat erwähnt Aktivitäten wie den Informationsaustausch mit der BKW. Ich habe die Veranstaltung für Ratsmitglieder besucht, mich konnte die sehr ausführliche Präsentation bezüglich Sicherheits-Kompetenz nicht überzeugen. Auch im wirtschaftlichen Bereich habe ich grosse Bedenken, da auf meine Nachfrage hin nicht dargelegt werden konnte, wie und in welchem Zeitraum die bisher unbezifferten Kosten für die Sicherheitsaufrüstung abgeschrieben werden sollen.

Wenn Zollikofen dem im Schreiben an die Energieministerin erwähnten Interesse an grösstmöglicher Sicherheit für die Bevölkerung gerecht werden will, so müsste dringend, d.h. vor der abschliessenden Abstimmung zur Motion, auch die Gegenseite ihre Argumente auführen können. Die BKW hatte die Gelegenheit, sie dem Gemeinderat und dem Parlament darzulegen, das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Mich würden auch die Argumente der Gegner sehr interessieren.

Zum dritten Argument, "die Aktivitäten sollen rein auf die politischen Bestrebungen beschränkt bleiben": Der Beitritt zum Komitee ist ein ausgesprochen politischer Schritt, welcher die Anwohner in den Schadenszonen 1 und 2 unterstützt.

Das vierte Argument: Der Gemeinderat lehnt es ab, juristische Verfahren finanziell zu unterstützen. Es geht darum, ein Zeichen setzen. Der Beitritt würde Portokosten im einstelligen Frankenbereich verursachen und das kann Zollikofen verkraften.

Soviel zu den Ablehnungsgründen, welche ich eher als Begründungen bezeichnen würde weil sie für mich nicht schlüssig sind. Entscheidend sind vor allem die Tatsachen und Überlegungen, die nun als kleine Auswahl folgen:

In der Verordnung zum Reglement öffentliche Sicherheit Zollikofens steht: "Für jeden Einwohner und jede Einwohnerin ist in zeitgerecht erreichbarer Nähe des Wohnortes ein Schutzplatz bereitzustellen." Ich gehe nicht davon aus, dass wir Einwohner und Einwohnerinnen von Zollikofen ganz genau wissen, wo sich dieser bereitgestellte Schutzraum befindet. Auch gehe ich nicht davon aus, dass Jodtabletten für alle Familienmitglieder und allfällige Besucher bereitliegen und dass die Utensilien für einen Schutzraumaufenthalt parat sind. Bern und Münchenbuchsee sind übrigens dem Komitee beigetreten, um den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung bestmöglich gerecht zu werden. Warum soll Zollikofen auf diesen Schritt verzichten?

Die Motion setzt unweigerlich ein Zeichen und verdeutlicht die Haltung der Zollikofner Politik: Es wäre wünschenswert, wenn es Zeichen der Besorgnis und Sorgfalt wird und der Beitritt vollzogen wird. Das Zeichen der Sorglosigkeit im Falle einer Ablehnung wäre die schlechte Alternative. Kleine Anekdote: Vor hundert Jahren verzichtete man auf ein paar Rettungsboote, da man dachte, dass das bei einem unsinkbaren Schiff nicht nötig ist.

Weltweit sind hunderte von Kernkraftwerken in Betrieb. Die Zahl nimmt seit Fukushima zwar markant ab, das Alter der Anlagen steigt jedoch, was unter dem Strich nicht sehr beruhigend ist. Mühleberg ist ein Methusalem mit hohem Dienstalder. Wir müssen uns nicht mehr mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen begnügen, sondern können die internationale Störfall- und Havariestatistik beiziehen, um die Anzahl Pannen pro AKW und Jahr zu beziffern. Die Pannen sind übrigens meist auf Bedienungsfehler zurückzuführen und nicht auf ein Versagen der Anlage oder auf äussere Einflüsse.

Ein GAU ist der "Grösste anzunehmende Unfall". Davon habe ich selbst (Jahrgang 1968) schon zwei miterlebt. Glücklicherweise liegt Fukushima weit weg. Tschernobil war jedoch näher. Ich bin immer noch glücklich, dass uns Schweizern der Aufenthalt in einem Schutzraum erspart blieb. Mühleberg ist mit 14 Kilometern sehr nah von unserem Daheim. Un ich kann hier mit absoluter Sicherheit verkünden, dass ich keinen "Grössten anzunehmenden Unfall" aus der Nähe miterleben will. Dies gilt auch für einen zweit-, dritt-, oder viertgrössten. Ich rekapituliere: Der Forderung im Brief an Frau Bundesrätin Leuthard ist nicht erfüllt. Die vom Gemeinderat erwähnten Informationsaktivitäten sind einseitig und müssen mit der Darstellung der Gegenseite ausgeglichen werden. Der Beitritt ist eine politische und nicht eine juristische Handlung und der Beitritt zum Komitee ist, vom Porto abgesehen, nicht mit Kosten verbunden. Ich möchte Sie einladen, ein Zeichen zu setzen. Zollikofen wäre neben Bern und Münchenbuchsee und zahlreichen weiteren Gemeinden im Seeland in bester Gesellschaft in diesem Komitee und ich wäre froh, wenn man dieser Motion die Erheblichkeit gewähren könnte.

Präsident: Danke Marc Niklaus. Der Gemeinderat wünscht das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich möchte auf die Erläuterungen des Motionärs zurückkommen und klar machen, dass nicht alles stimmt, was er gesagt hat. Der Beitritt ist auch mit Materiellem verbunden, das heisst, wenn das Komitee rechtliche Schritte unternimmt, dann müssen wir uns auch finanziell beteiligen. Das steht in den Statuten bei Punkt 2 eindeutig geschrieben: Der Verein unterstützt die Beschwerdeführenden politisch, aber auch mit Materiellem und Rechtlichem.

Dann zu den bereits beigetretenen Gemeinden: Die Stadt Bern ist nicht dabei, beigetreten sind Münchenbuchsee und die Stadt Biel. Alle anderen Kollektivmitglieder, die dabei sind, sind Parteien. SP Stadt Bern, JUSO Schweiz, Junge Grüne Zürich oder Ärzte für Umwelt-

schutz Sektion Bern oder das 1.-Mai-Komitee, von den Gemeinden und Städten sind erst zwei dabei.

Der Motionär empfahl uns, Frau Leuthard zu schreiben, das haben wir gemacht. Dass sie auf diesen Brief nicht eingetreten ist, heisst nicht, dass wir unsere Aufgabe nicht gemacht haben. Wir waren gleichzeitig mit dem Motionär in Mühleberg und wir luden Mühleberg auch zu uns ein. Es kamen allerdings sehr wenig Mitglieder des Parlamentes und das war sehr schade. Das Interesse war sehr gering. Der Gemeinderat hält daran fest, dass wir auf diese Art und Weise nicht beitreten wollen, sondern wir wollen uns weiter auf politische Bestrebungen beschränken und uns nicht auf juristische Verfahren einlassen, die von uns im Nachhinein finanzielle Mittel verlangen. Der Gemeinderat empfiehlt, diese Motion nicht erheblich zu erklären, übrigens ist es eine Richtlinienmotion, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Danke.

Präsident: Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Bruno Vanoni, GFL: Vor neun Monaten waren wir uns alle einig, der Gemeinderat und der Gemeindepräsident inklusive. Wir haben die Motion von Hans-Jörg Rhy, von ihr war schon die Rede, ohne Gegenstimme erheblich erklärt und damit verlangt, dass das AKW Mühleberg, das damals stillgelegt war, als Folge der Atomkatastrophe von Fukushima, erst nach dem Vorliegen eines externen, unabhängigen Sicherheitsgutachtens wieder in Betrieb genommen wird. Und was ist seither passiert? Das AKW Mühleberg wurde Ende September wieder in Betrieb genommen, mit einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde ENSI, das ist die gleiche Behörde, da waren wir uns alle einig, dass wir in diese Behörde kein Vertrauen mehr haben. Und das geforderte externe, unabhängige Sicherheitsgutachten gab es vor der Inbetriebnahme nicht. Das Ziel der Motion, die wir einstimmig erheblich erklärt hatten, ist also nicht erreicht. Mühleberg läuft weiter, wie wenn nichts passiert wäre. Aber das Bundesverwaltungsgericht hat am 7. März Sicherheitsbedenken erhoben und festgestellt, dass Mühleberg höchstens noch bis Mitte 2013 betrieben werden darf. Und dass die Sicherheitsmängel behoben werden müssen. Die AKW-Betreiber wollen das Urteil nicht anerkennen und haben deshalb Beschwerde beim Bundesgericht erhoben. Nachdem sie das gemacht hatten, hat die Stadt Bern als politisches Zeichen den Beitritt zum Komitee "Mühleberg – Verfahren" bekannt gegeben. Die Stadt Bern ist also dabei. Weiter haben die Mühleberg-Betreiber erkennen lassen, dass sie sich viel Zeit lassen möchten, bei der Behebung der Mängel, die sie auch nicht bestreiten. Zuviel Zeit. Gestern war im "Bund" zu lesen, dass das auch ein Wissenschaftler kritisiert, der die Atomenergie befürwortet und der als führender Experte beim Stresstest bei den AKW's in Europa mitgemacht hat. In diesem Interview war ebenfalls zu lesen, dass die schweizerischen Behörden das Ergebnis dieses Stresstestes für die schweizerischen AKW's beschönigend wiedergegeben haben. Mühleberg schnitt in diesem Test nicht so gut ab: es gehört zu den beiden einzigen AKW's in Europa, die wegen ungenügender Kühlsysteme kritisiert wurden. Mit anderen Worten: Das Malaise, das wir vor neun Monaten festgestellt haben, besteht weiter. Und was der Gemeinderat mit einem Brief unternommen hat, hat nichts genützt. Es hat ihm nur eine Einladung nach Mühleberg eingebracht – und uns GGR-Mitgliedern ein Aufgebot zu einer einseitigen Informationsveranstaltung mit den Mühleberg-Betreibern. Das Interesse war übrigens da. Es gab ein paar Fragen aus den Reihen der GGR-Mitglieder, die BKW-Vertreter konnten diese nicht beantworten und sie haben es seither nicht für nötig befunden, die damals ausgebliebenen Antworten noch nachzuliefern.

Und darum müssen wir heute nachdoppeln wenn wir glaubwürdig bleiben wollen. Das gilt zumindest für alle, die der Motion Rhy zugestimmt haben und das sind eigentlich fast alle in diesem Saal, inklusive Gemeinderat. Nachdoppeln können wir mit einem Beitritt zum Komitee "Mühleberg – Verfahren". Der Gemeinderat bringt einen einzigen Satz dagegen vor: er will sich auf politische Bestrebungen beschränken und nicht juristische Verfahren finanziell unterstützen. Genau um so eine politische Bestrebung geht es aber: Mit dem Beitritt zum Komitee unterstützen wir die Beschwerdeführenden vor allem politisch.

Wir stärken ihnen den Rücken, nachdem sie vor Bundesverwaltungsgericht Recht bekommen haben und wegen der BKW-Beschwerde auch unsere Sicherheitsinteressen nochmals

mühsam auch vor Bundesgericht vertreten müssen. Ein finanzieller Beitrag an ihre Verfahrenskosten wäre zwar wünschbar, ist aber nicht obligatorisch. Auch andere Gemeinden die dem Komitee beigetreten sind, haben damit ein politisches Zeichen setzen wollen und keinen finanziellen Beitrag damit verbunden.

Deshalb: folgen wir dem Beispiel anderer Gemeinden wie Münchenbuchsee und treten als Gemeinde dem Komitee "Mühleberg – Ver – fahren" bei. Zur Unterstützung der Beschwerdeführenden, die in Lausanne vor Bundesgericht auch unsere Sicherheitsinteressen vertreten und dafür selber zahlen.

Präsident: Danke, das Wort ist weiter offen.

Peter Bähler, SVP: Wir haben heute über eine ganz andere Motion zu entscheiden, als wir das damals auf Antrag von Hans-Jörg Rhyn hin getan haben. Damals haben wir das gemacht, was zu diesem Zeitpunkt möglich war, und auch als Antrag ans ENSI möglich war. Heute wird hingegen klar verlangt, dass die Gemeinde als Institution einem Komitee beitreten soll. Es ist nicht primär Aufgabe der Gemeinde, einem privaten Verein beizutreten, obschon das nach Artikel 67 Gemeindegesetz möglich ist. Dieser Verein erfüllt im Prinzip keine öffentliche Aufgabe und Zollikofen ist formell in diesem Verfahren nicht Partei und auf dieser Stufe der Energiepolitik nicht zuständig. Wir haben in unserem Bereich Bestrebungen getroffen, wir haben hier beschlossen, dass wir keinen Atomstrom für unsere Gemeindebauten in der öffentlichen Beleuchtung mehr wollen und haben entsprechend interveniert, auf Antrag von Hans-Jörg Rhyn beim UVEK zu Mühleberg. Ein Beitritt zu diesem Komitee wäre falsch. Da könnten auch andere kommen und den Beitritt wünschen, das kann doch nicht sein. Vereine anzuhören ist keine Aufgabe der Gemeinde und schon gar keine hoheitliche. Was mich auch beschäftigt. Wenn man auf die Homepage des Komitees geht, stellt man fest, dass die Promotoren, die jetzt die Vorlage unterstützen, dort gar nicht Mitglied sind, weder privat noch als Partei. Warum sind sie nicht Mitglied? Man muss nicht mal das Porto bezahlen, man kann sich einfach online registrieren. Und nun soll die Gemeinde beitreten? Die SVP sagt ganz klar Nein. Wir wollen nicht, dass die Einwohner, die auch Bestandteil des Kollektives "Gemeinde" sind, nicht entscheiden können, ob sie dort beitreten wollen oder nicht und deshalb lehnen wir die Motion in dieser Form ab.

Präsident: Danke, das Wort ist offen.

Markus Bacher, FDP: Ich danke für die ausführenden Worte des Vorredners, so kann ich mich etwas kürzer halten. Von Seiten FDP als Fraktion sind wir der Meinung, dass es nicht unsere Aufgabe als politische Organisation ist, die Bevölkerung zu bevormunden. Sie wurde gar nicht gefragt. Es wäre spannend zu wissen, wenn man bei all den Gemeinden eine Erhebung machen würde. Was würden die einzelnen Personen dazu sagen, wissen sie es überhaupt? Interessiert es sie überhaupt? So ein Thema muss dem Einzelnen überlassen werden, einem Kollektiv, das sich selber bildet und nicht über die Gemeinde gesteuert als Politik. Deshalb sind wir als Fraktion der Meinung, die Motion abzulehnen.

Präsident: Weitere Wortbegehren?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Der Auslöser meiner Motion, die nun schon ein paar Mal erwähnt wurde, war, dass Mühleberg zu diesem Zeitpunkt nachgerüstet werden musste und dass weiterhin Zweifel waren, ob diese Nachrüstung genügt um das Werk wieder sicher in Betrieb zu nehmen. Wir alle hier haben, ohne die Bevölkerung zu fragen, die Gefahr erkannt, und wollten mehr Sicherheit schaffen, mit einem Brief an Frau Leuthard, die zuständig ist über die Aufsicht der AKW's. Dieser Brief wurde geschrieben, aber Frau Leuthard verwies auf ihr ENSI, auf das Nuklear-Sicherheits-Inspektorat. Zudem hat sie den Gemeinderat an die BKW verwiesen. Unsere Absicht war gut, der Zweck aber, wurde nicht erreicht. In der Zwischenzeit konnte man vernehmen, dass das ENSI sagt, "um zu bestimmen, was sicher genug sei, sei nicht das ENSI zuständig, sondern die Politik, der Bundesrat müsse das sagen. Sie würden nur schauen, dass der Standard dann auch erreicht wird. Das Pingpongspiel

Leuthard/ENSI ging also weiter. Bis nun das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass das UVEK mit Frau Leuthard und ihren Spezialisten zuständig ist. Diese Aufsichtsbehörde müsse entscheiden, ob das nun so gehe oder nicht. Sie hat nun etwas lange Zeit zu schauen, ob das möglich ist. Im Juni 2013 werden wir dann wissen, ob dieses Werk abgeschaltet werden muss oder nicht. Weil wir eben dieses neutrale Sicherheitsgutachten nicht erhalten haben, ist die Gefahr nach wie vor gleich gross, wie zum Zeitpunkt des Verfassens des Briefes. Es gibt Leute, die nicht nur dem Komitee beigetreten sind und eine Briefmarke aufgeklebt haben, sondern auch mit sehr viel eigenem Geld nun die Beschwerde weiterführen und den Kampf auch vor Bundesverwaltungsgericht bis anhin geführt haben. Es geht heute darum, wieder einmal ein politisches Zeichen zu setzen und Solidarität denen zu zeigen, die weiterkämpfen. Weil sie nach wie vor das gleiche Gefühl haben wie wir: Dieses AKW ist gefährlich. Ich bitte Euch, diese Motion zu unterstützen.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit. Der Gemeinderat stellt den Antrag, die Motion abzulehnen. Wer dem Antrag zur Ablehnung der Motion zustimmen kann, soll dies mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung:

Die Motion Marc Niklaus und Mitunterzeichnende betreffend "Beitritt der Gemeinde zum Komitee Mühleberg – Ver – fahren" wird mit dem Stichentscheid des Präsidenten mit 17 zu 16 Stimmen abgelehnt.

40 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Reto König und Mitunterzeichnende betreffend "Länger Busfahren im Reichenbach", Erheblicherklärung

Präsident: Der Motionär hat das Wort.

Reto König, SP: Der Gemeinderat empfiehlt die Motion bezüglich der Ausweitung der Buslinie 33 zur Ablehnung. Die Ablehnung überrascht mich aus diversen Gründen. Klar ist es bei den aktuellen Kantonsfinanzen nicht sicher, dass Bestrebungen, das Angebot zu erweitern vom Volk abgelehnt würde, das sehe sogar ich ein. Ich bin aber ganz sicher, wenn man es nicht ausprobiert, stehen die Chancen zu 100 % bei Null. Man sollte es zumindest probieren, Kantonsfinanzen hin oder her. Ich werde Ihnen auch aufzeigen, dass wir sehr gute Gründe haben, es zu tun. Was mich stört an der Antwort des Gemeinderates ist, dass er die zweite Absicht, die Buslinie 41 zu erweitern, gegen den Ausbau der Buslinie 33 ausspielen will. Die beiden Absichten können nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn sie erfüllen ganz andere Ziele. Die Buslinie 33 hilft mehr den Anwohnern von Zollikofen, die Linie 41 hilft eher dem Berufs- und Ausbildungsverkehr Richtung Rütli. Der Hauptgrund bezüglich meines Unverständnisses gegenüber der Ablehnung des Gemeinderates ist aber ein anderer. Ich habe mich gescheit gemacht: Die Qualität der ÖV-Anschliessung in Zollikofen ist im Vergleich zu jeder anderen Gemeinde in der Agglomeration Bern denkbar schlecht. Diese Qualität kann man messen, es gibt eine "Gütekategorie-Statistik" des Kantons. Die Gütekategorie der ÖV's ist abhängig von der Dauer des Fusswegs bis zur nächsten Haltestelle und den Frequenzen der Linien. Wenn man das berücksichtigt, sieht man, dass in Zollikofen mehr als 1/6 der Bevölkerung nur einen ÖV-Anschluss der Gütekategorie D hat, ein Wert, der in keiner anderen Gemeinde rund um Bern gemessen wurde, mit Ausnahme von Köniz, das aber ganz andere Voraussetzungen hat, mit den vielen kleinen Dörfern, die eingebunden sind. Wenn wir uns mit anderen Agglomerationsgemeinden vergleichen, stellen wir fest, dass diese z.T. bis zu 99 % Gütekategorie A, B oder C haben. Da müssen wir uns mit dem bestehenden Angebot fast schämen. Wenn man hier im Grossen Gemeinderat über einen teureren Neubau des Gemeindehauses spricht, wird manchmal argumentiert, wir müssten die Standort-Attraktivität

verbessern. Hier bin ich einverstanden. Eine Verbesserung des ÖV-Angebotes würde genau das machen. Eine Verbesserung des Angebotes ist ausserdem durch das Leitbild geboten das da sagt: "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig" und dort als Lösungsansatz vorschlägt, die ÖV's stark zu fördern. Ich bitte Euch aus diesen Gründen, nicht auf den Gemeinderat zu hören, sondern die Motion, die vor eineinhalb Jahren eingereicht wurde, gutzuheissen und wenigstens zu versuchen, sie zur Prüfung an die Regionalkonferenz zu überweisen. Wir haben nicht so schlechte Karten – wir sind, verglichen mit anderen Agglomerations-Gemeinden nicht so gut erschlossen und wenn wir es nicht wenigstens probieren, machen wir ganz sicher etwas falsch. Danke.

Präsident: Danke, Reto König, der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Mir verschlägt es die Sprache. Ich weiss nicht warum Herr König solche anmassenden Bemerkungen über unsere ÖV-Anschliessung hier vor Publikum äussert. Tatsache ist, dass nach Güteklasse Köniz am besten abschneidet, gefolgt von Ostermundigen, Ittigen und dann Zollikofen. Herr König, das können Sie nachlesen. Das ist bewiesen. Dazu kommt, dass Sie den Vorwurf äussern, wir würden die Buslinie 41 gegen die Linie 33 ausspielen. Der 33er ist nicht für die Zollikofer Bevölkerung. Es ist ein reiner Pendlerbus für Zollikofen und Bremgarten, der heute schon die Minimalanforderungen nicht erfüllt. Gemäss Angebotskonzept Bern-Mittelland ist die "Zielvorgabe Nachfrage" erfüllt? Nein. "Minimalanforderung Nachfrage" erfüllt: Nein. "Zielvorgabe Kostendeckungsgrad" erfüllt: Nein. Aufgrund dessen wurde das Angebot am Samstag bis 20.30 Uhr erweitert. Ich wohne dort unten. Dieser Bus ist sehr gut besetzt am Morgen, wenn die Leute arbeiten gehen, am Mittag und am Abend. Am Samstag, wenn ich im Garten sitze und den Bus beobachte, fährt er praktisch den ganzen Tag leer. Das Einzige, was ich vielleicht falsch geschrieben habe ist, dass die Erweiterung auf den Sonntag die Gemeinde finanziell belasten würde. Das stimmt nicht, nur indirekt. Denn der Sonntagsverkehr müsste vom Kanton übernommen werden. Aber mit dem Sonntagsverkehr, an dem noch weniger Gäste fahren würden als am Samstag, würde der Benützungsgrad prozentual sinken. Das heisst, dass wir nicht die 41 fördern, sondern die 33 retten wollen. Wir wollen nicht, dass bei der nächsten Untersuchung der 33er-Linie, festgestellt wird, dass sie gar nicht mehr benötigt und eingestellt wird. Und übrigens, Herr König, die Gemeinde Zollikofen zahlt für die ÖV's 1,3 Mio. Franken pro Jahr und warum? Weil wir soviel Haltestellen haben. Weil wir nebst RBS, BLS, Postauto alles besitzen. In Zollikofen muss kein Bürger mehr als 500 Meter laufen bis zum nächsten ÖV. Zollikofen ist im Kanton Bern bekannt als eine der mit ÖV's am besten erschlossenen Gemeinden. Und das stimmt, sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln, das ist schriftlich festgehalten. Und zwar statistisch. Wir sind an vierter Stelle, meine Damen und Herren, das ist eine Tatsache. Deshalb möchte ich mir solche Bemerkungen verbitten, hier im Rat und besonders auch vor der Presse, die einfach nicht stimmen. Übrigens ist es eine Richtlinienmotion, ich bitte Euch also, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Danke.

Präsident: Danke, somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Reto König, SP: Ich lasse mir keine Anmassung unterstellen, wo ich Recht habe. Wenn Stefan Funk keine Statistiken lesen kann, wenn sich Stefan Funk blenden lässt, weil wir in der Reihenfolge der Statistik an vierter Stelle kommen, weil wir 6 % der Bevölkerung Güteklasse A haben, dann sagt das noch nichts über die Gesamtqualität aus. Was wichtig ist, sind die 17 % Güteklasse D oder schlechter und dieser Wert ist eine Schande für eine Agglomerationsgemeinde. Da muss man bis Jegenstorf oder Wabern gehen, um noch einen schlechteren Wert zu finden. Da kann Stefan Funk noch lange die Hand an den Kopf halten, wenn er die Statistik studiert und nicht nur die Reihenfolge der Gemeinden berücksichtigt, wird sogar er einsehen, dass ich Recht habe. Ich lasse mir nicht gerne sagen, ich würde "Scheiss" erzählen, wenn ich Recht habe. Fertig.

Präsident: Das Wort ist offen.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Angesichts der Entwicklung der Verkehrssituation in Zollikofen, immer mehr Privatwagen, Staus, anfälliges Roadpricing, scheint uns eine Ausweitung des Angebotes im öffentlichen Verkehr sinnvoll und notwendig. Die Buslinie 33 ist wichtig für die Erschliessung der Wohnquartiere, wie Steinibach und Reichenbach. Auch der Fachbereich Verkehr der Regionalkonferenz befürwortet erfreulicherweise eine Verbesserung der Linie 33. Klar ist, dass allfällige Verlängerungen des Fahrplans oder der Strecke sorgfältig geprüft und allenfalls Priorisierungen gesetzt werden müssen. Wenn wir im Bericht Regionales ÖV-Angebotskonzept 2014-2017 der Regionalkonferenz auf der Seite 46 lesen können: "Bus 33, Einführung des Abend- und Wochenendangebotes auf der Linie-Ittigen-Worblaufen-Bremgarten prüfen", ein Punkt sogar in die erste Priorität eingeteilt, können wir davon ausgehen, dass das heutige Anliegen nicht aussichtslos ist. In der GFL sind wir der Meinung, dass der Gemeinderat die Verlängerung der Buslinie 40/41 nicht gegen die Verbesserung des Fahrplans der Linie 33 ausspielen soll. Die Buslinie 40/41 wird vor allem dem Berufsverkehr dienen, den auswärtigen Pendlerinnen und Pendlern, die in Zollikofen arbeiten. Die Linie 33 hingegen, dient den Einheimischen, die den öffentlichen Verkehr auch am Abend und am Wochenende nutzen können sollten. Beides hat seine Berechtigung. Deshalb sollte der Gemeinderat den in der Regionalkonferenz bereits vorgesehenen Prüfauftrag betreffend Linie 33 tatkräftig unterstützen. In diesem Sinn unterstützen wir die Motion von Reto König. Danke.

Präsident: Danke. Das Wort ist offen.

Elisabeth Aebi, SVP: Die Linie 33 hat sich tatsächlich gut eingelebt und entspricht einem Bedürfnis. Für die SVP gehört sie zu den Linien, die wir, gemäss unserer Verkehrsvorstellung, beobachten, wie die entsprechenden baulichen Entwicklungen in einem vernünftigen Rahmen stattfinden könnten. Nach unserer Beurteilung ist eine Bedienung von Montag bis Freitag 20.30h schon sehr gut. Natürlich wären längere Kurse und ein Angebot am Sonntag toll. Aber nach unserer Beurteilung ist es zur Zeit doch klar unverhältnismässig. Wir haben vorher von Herrn Gemeindepräsident Funk von der Statistik der Regionalkonferenz Bern Mittelland gehört. Ich kann das bestätigen, dass nirgendwo die Zielvorgabe "Nachfrage" erfüllt ist. Es ist eine Minimalanforderung knapp nicht erfüllt. Auch die Zielvorgabe "Kostendeckungsgrad" ist nicht erfüllt und die Minimalanforderung "Kostendeckungsgrad" auch nicht. Es geht hier mehr um die Finanzen, als dass wir dort die Bedürfnisse hätten. Und ich bin der Meinung dass wir den Bus, den wir jetzt haben, nicht gefährden sollten wegen irgendwelchen Sonntagsausflügen. Wenn man den öffentlichen Verkehr an einem Werktag, wo es tatsächlich hohe Frequenzen gibt, fördern will, so ist das richtig. Kurze Wege zu den Haltestellen zu verlangen auch, ideal sind etwa 300 Meter, das sind zu Fuss drei bis vier Minuten. Es ist nichts als vernünftig, zu Randzeiten und am Sonntag den Benutzerinnen und Benutzern der Busse einen erfrischenden Fussmarsch von sieben bis acht Minuten zuzumuten, nämlich gleichviel wie wenn sie vom Stadttheater zum Bahnhof laufen. Ab RBS Station Steinibach oder Unterzollikofen ist innerhalb der gleichen Zeit die ganze Aarestrasse bis inklusive rosaroter Reichenbachblöcke erreichbar. Über eine mangelhafte Erschliessung können sich nur die Quartiere Grubenweg, Schloss Reichenbach und Känelgasse beklagen. Wir behandeln das aber mit Zurückhaltung, weil wir wissen dass die verlangte massive Ausdehnung des Busangebotes nicht verhältnismässig wäre. Die SVP wird dieser Motion deshalb nicht zustimmen. Wenn eines Tages das Bord südlich der Känelgasse dicht überbaut wird, muss man eine zeitliche Ausdehnung der Busfahrten neu prüfen. Die Bautätigkeit auf Seite Bremgarten, wo zwei neue Terrassensiedlungen errichtet wurden, ist wesentlich intensiver als in Zollikofen. Ich frage darum den Gemeinderat an:

- Kennt der Gemeinderat die Haltung der Gemeinde Bremgarten betreffend Angebotsausbau der Buslinie 33?
- Hat der Gemeinderat Bremgarten einen Ausbau des Fahrplans gefordert?
- Gibt es Frequenzzahlen bezüglich der Randzeiten?

Wenn der Gemeinderat in der Lage ist, das zu beantworten, wäre ich froh und sonst würde ich es als einfache Anfrage deponieren. Im Übrigen hat auch mich gestört, dass man hier nicht die Abklärungen getroffen hat, sondern mit der Buslinie 40/41 Ittigen, die ja hier nicht zur Debatte steht, Konkurrenz gemacht hat.

Präsident: Danke. Das Wort ist offen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe eine Bemerkung und eine Frage. Die Bemerkung: Der Gemeindepräsident und auch Elisabeth Aebi haben aus dem Angebotskonzept Bern-Mittelland zitiert, welche Anforderungen nicht erfüllt sind. Es hat aber auch einen Kommentar dazu und diesen möchte ich rasch vorlesen: "Die Minimalvorgabe bezüglich Nachfrage wird nur knapp nicht erfüllt, aufgrund der Siedlungsentwicklung im Raum Zollikofen/Bremgarten steigt die Nachfrage auf dieser Linie jedoch kontinuierlich. Der RBS geht darum davon aus, dass die Minimalvorgaben in Zukunft erfüllt werden. Soweit zum Zitat. Ich finde, man sollte Papiere vollständig zitieren und nicht nur das, was einem ins Auge springt. Zu meiner Frage: Heute oder gestern wurde auf der Gemeindehomepage aufgeschaltet, dass der Gemeinderat die Stellungnahme zum Angebot der REK.Bern-Mittelland abgegeben hat. Details konnte man aber noch nicht lesen. Ich möchte fragen, ob der Gemeinderat in der Stellungnahme, die er der Regionalkonferenz gesandt hat, Stellung genommen hat zum Ausbau des Fahrplanes Linie 33? Falls ja, warum hat er eineinhalb Jahre gewartet, bis wir dazu Stellung nehmen konnten? Und warum, falls ja, hat er vorgegriffen?"

Hans-Jörg Rhy, SP: Ich war auch etwas verblüfft, ich habe heute Abend zum ersten Mal gehört, dass der öffentliche Verkehr in Zollikofen skandalös schlecht ist. Man kann Statistiken von unten oder von oben interpretieren. Es ist dem Zweck nicht dienlich, wie es heute abend gelaufen ist. Ich danke Bruno Vanoni, er hat genau das vorgelesen, was ich auch schon lange in der Hand halte. Die RBS bestätigt, dass die Frequenzen kontinuierlich steigen. Es könnte für die Gemeinde und auch die RBS eine Hilfe sein, dass man das Abend- und Wochenendangebot, wie hier von den Spezialisten des Bereichs Verkehr der Regionalkonferenz eigentlich vorgeschlagen, prüfen sollte. Es könnte der Gemeinde und der RK gegenüber dem Kanton den Rücken stärken, wenn Ihr dies unterstützen würdet. Danke.

Präsident: Weitere Wortbegehren?

Ralph George, FDP: Nur ganz kurz. Ich bin sehr überrascht dass unsere ÖV-Situation so miserabel sein soll. Ich war bis anhin der Meinung, sie sei hervorragend. Wir teilen die gleiche Auffassung wie sie der Gemeinderat äussert. Wir teilen auch dieselbe Auffassung wie sie von Elisabeth Aebi geäussert wurde. Man muss Prioritäten setzen. Was ist verhältnismässig? Wo ist es am Dringendsten? Man kann nicht jeden Wunsch erfüllen, ideal wäre es ja, wenn vor jedem Hauseingang eine Bushaltestelle wäre. Das wäre übertrieben und man muss ein vernünftiges Mass suchen. Wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat an diesem Thema permanent dran ist, und dass er dort wo es möglich und sinnvoll ist, eine Erweiterung einleitet und am zuständigen Ort beantragt. Wir werden mehrheitlich gegen diese Motion stimmen. Danke.

Präsident: gibt es noch Wortmeldungen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Wir wollten nicht die 41 gegen die 33 ausspielen. Die Idee war, dass wir die 33 nicht gefährden wollen, wenn wir am Sonntag den Betrieb erweitern, dann, wenn die Leute den Bus eigentlich nicht benötigen, weil dann eben die prozentuale Auslastung sinkt.. Übrigens wird die Linie 33 auch von Fahrgästen benutzt, die damit zur Arbeit fahren. Und beim 41-er sieht man entlang der Strecke regelmässig jeden Tag wahre "Völkerwanderungen". Wir haben beim RBS bemängelt, denn die Idee war es, den Busbetrieb im Jahr 2013 als Versuchsbetrieb einzuführen. Das wird dort nicht einmal erwähnt. Ich bitte Euch, dem Antrag des Gemeinderates so zuzustimmen. Danke.

Präsident: Das heisst, der Gemeinderat nimmt jetzt noch keine Stellung zu den Fragen von Elisabeth Aebi? Dann würden wir diese als Einfache Anfrage entgegennehmen?

Stefan Funk: Ja.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit. Der Gemeinderat beantragt, die Motion abzulehnen. Wer dem so beipflichten kann, soll das mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung:

Die Motion Reto König und Mitunterzeichnende betreffend "Länger Busfahren im Reichenbach" wird mit 19 zu 12 Stimmen abgelehnt.

41 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Postulat Johanna Thomann und Mitunterzeichnende betreffend "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld", Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Die Postulantin hat das Wort.

Johanna Thomann. FDP: Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, das Postulat nicht abzulehnen, sondern erheblich zu erklären. Die Gründe liegen auf der Hand, respektive sind eigentlich im Postulat bereits erklärt. Seit 2011 gehört das "Hirzi" auch der Gemeinde Zollikofen. Das ist ein Grund. Und Zollikofen hat in seinem heutigen Leitbild den Schwerpunkt "in der Nähe finden, was man zur Gestaltung des Lebens braucht", was bedeutet, dass Zollikofen nicht nur an Einkaufsmöglichkeiten, Schule und Arbeitsplatz denkt, sondern auch die Orte einschliesst, die Lebensfreude, Bewegung und Erholung bieten. Die Orte liegen ausserhalb des Zentrums und sind meistens an den Ausfallstrassen und die meisten sind angenehm erreichbar. Zum Beispiel ist die Strasse zum Tennisplatz mit einem geteerten Trampelpfad ausgestattet und hat sogar eine Beleuchtung. Oder die Strasse zum Pistolenstand am Eichenweg hat ein Trottoir und die Strasse zum Schiesstand in der Länggasse hat zum Trottoir noch einen zusätzlichen Trampelpfad. Eigenartigerweise sind die gut ausgestatteten Strassen und Wege die, welche mehrheitlich von Erwachsenen benutzt werden.

Christoph Merkli verlässt den Raum 22.30 Uhr.

Warum 2004 die Sanierung vom Aegelsee damals beschlossen wurde, und nach Ausgestaltung des Grossen Gemeinderates abgelehnt worden ist, ist heute nicht mehr nachzuvollziehen. Ganz wohl war es damals den Parlamentariern wohl nicht. Denn für die Legung der Leerrohre für eine evtl. Beleuchtung zu späteren Zeiten haben sie damals doch noch zugestimmt. Das Einvernehmen mit der Gemeinde Münchenbuchsee ist gut. Ich bin überzeugt, dass es deshalb auch möglich sein wird, über das gefährliche Stückchen Radiostrasse von der Gemeindegrenze bis zur Parkplatzmündung, also eigentlich unserem "Tor" zum Hirzi, zu reden und zusammen zu einer sicheren und angenehmen Lösung zu kommen. Genauso bin ich auch überzeugt, dass die privaten Anstösser Hand bieten, wie sie es ja schon 2004 getan haben, an einer Stelle wurde damals die Grenze bereinigt, an einer anderen wurde sie etwas verschoben. Wie diese Strasse gestaltet ist, aufwendig oder bescheiden ist eine Frage von Planung, dem Wollen und Spüren der Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer, der grossen und kleinen, schnellen und langsamen. Ob dieses Trottoir Hindernisse, Inseln, Ausbuchtungen, Bäume hat, beleuchtet oder farbig ist – Hauptsache es gibt einen sicheren und

angenehmen Zugang zum Hirzi, so dass es noch mehr benutzt wird und zum Jungbrunnen von uns Zollikofnern wird. Ich danke Ihnen, dass Sie das Postulat ebenfalls erheblich erklären.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat lehnt das Postulat aus verschiedenen Gründen ab. Die Strasse ist sicher, in den letzten zehn Jahren gab es auf dieser Strasse zwei kleine Unfälle. Nicht mit involvierten Kindern, sondern es waren zwei Autos, die einander streiften. Wenn wir diese Strasse ausbauen und besser befahrbar machen bringt das mit sich, dass die Leute vermehrt und schneller durchfahren und weniger aufmerksam sind. Es ist auch keine Durchfahrtsstrasse, sondern nur eine Zugangsstrasse zum Hirzi, ansonsten wird man gebüsst. Und darum bittet Euch der Gemeinderat, das Postulat abzulehnen, weil sich seit 2004, schon damals wurde die Strasse als sicher bezeichnet, eigentlich nichts geändert hat. Die letzten zehn Jahre haben bewiesen, dass eine Strasse deshalb sicher ist, weil sie schmal ist und die Autofahrer deshalb vorsichtig lenken müssen, um Unfälle zu vermeiden.

Präsident: Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Das Postulat von Johanna Thomann verlangt, dass der Gemeinderat abklärt, wie die einzige Zugangsstrasse von Zollikofen her zum Sportzentrum Hirzenfeld sicher und angenehm gestaltet werden kann. Wir von der SP-Fraktion finden den Prüfungsauftrag der Postulantin legitim. Die heutige Situation auf dem Aegelseeweg ist durchaus optimierbar. Und Tatsache dass das Hirzi von beiden Gemeinden finanziell getragen wird, ist für uns ein berechtigter Anlass, die Gesamtsituation der Zufahrtsstrasse und vor allem die Sicherheit der Benützerinnen und Benützer, insbesondere die der Velofahrenden, Fussgänger und der Kinder, die den Weg benutzen, zu überprüfen. Es ist ausserdem nicht nur der Sicherheitsaspekt. Ich denke, dass kann auch eine Öffnung sein. Ein Zeichen von Zollikofen, dass wir dort einen schönen Zugang zum Sportzentrum haben, das wir sowohl im Winter, als auch im Sommer nutzen. Der Gemeinderat hingegen, sieht keinen Grund, eine neue Planung in Angriff zu nehmen und bringt als Begründung den Bericht und Antrag an den GGR von 2004 ins Feld. Notabene hat man aber schon damals Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Langsamverkehr im Rat bachab geschickt. Es ist also durchaus noch Optimierungspotential vorhanden. Es ist wichtig, dass die Verkehrssicherheitssituation, die nie sehr gut war, auch wenn wir zum Glück nicht viele Unfälle hatten, fast ein Jahrzehnt später nochmals geprüft werden kann. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die Erheblichkeitserklärung des Postulates, damit die nachvollziehbaren Argumente der Postulantin überprüft, neue Lösungen angeschaut werden können und die Sicherheit der Zufahrtsstrasse verbessert werden kann. Ich bitte Euch deshalb ebenfalls, das Postulat zu unterstützen. Danke.

Präsident: Danke, wem darf ich das Wort erteilen?

Marianne Pfister, SVP: Der Gemeinderat wird beauftragt, abzuklären, ob die Zugangsstrasse zum Sportzentrum Hirzenfeld, der Aegelseeweg, für alle Verkehrsteilnehmer sicher ist. Auf der schmalen Strasse müssen alle Verkehrsteilnehmer, das heisst Fussgänger, Velo, Mofas, Autos, etc., mit ihren verschiedenen Fortbewegungstempos nebeneinander Platz finden. Die Strasse ist mit Tempo 40 beschildert und als Zufahrtsstrasse von Zollikofen bis zur Saalbau-Anlage gestattet. Im Jahr 2003 wurde der Aegelseeweg der Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu und der Velofachstelle der Kantonalen Baudirektion zur Beurteilung vorgelegt. Daraus resultierte, dass der mangelhafte Komfort nicht unbedingt ein Sicherheitsdefizit sei. Gerade weil die Strasse schmal und zum Teil unübersichtlich ist, wird automatisch langsamer gefahren und alle Verkehrsteilnehmer sind gezwungen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Auf dieser Strasse sind in den letzten Jahren keine gravierenden Unfälle verzeich-

net worden. Mit einer breiteren Strasse oder einem Trottoir würden die Autofahrer dazu verleitet, schneller zu fahren. Zudem gehört das angrenzende Land den Landwirten. Im Jahr 2004 hat sich der Grosse Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit gegen einen Verpflichtungskredit für die Sanierung des Aegelseeweges ausgesprochen. Auch heute sieht der Gemeinderat keinen zwingenden Grund eine erneute Planung in Angriff zu nehmen. Denn die Rahmenbedingungen haben sich seither nicht geändert. Die Fraktion der SVP steht hinter dem Entscheid des Gemeinderates und lehnt das Postulat einstimmig ab.

Präsident: Das Wort hat Roland Stucki.

Roland Stucki .EVP: Herr Präsident, werte Ratsmitglieder. Wir erachten die Gründe, die von Johanna Thomann vorgetragen wurden, doch als so stichhaltig dass man das ganze Vorhaben prüft. Ein Postulat ist ein angemessenes Instrument um etwas zu prüfen. Das heisst ja dann nicht, dass man es machen muss. Es kommen dann Kosten auf uns zu, aber prüfen kann man es alleweil. Ich hätte mir auch für andere Vorhaben heute abend gewünscht, dass man nicht grad mit einer Motion reagiert.

Präsident: Danke, weitere Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Wie ich mich erinnere, sprach man seinerzeit sogar noch über die Beleuchtung. Man fand es damals schade, dass die Beleuchtung abgelehnt wurde. Insbesondere im Winter, wenn auch Kinder vom Schlittschuhlaufen kommen, ist es ein Thema, noch fast wichtiger als der Strassenausbau. Bessere Beleuchtung bedeutet mehr Sicherheit.

Bruno Vanoni, GFL: Es fällt uns und mir nicht leicht, gegen ein Postulat von Johanna Thomann anzutreten, nachdem wir ja kürzlich gemeinsam für eine schöne Baumreihe eingetreten sind. An der Schulhausstrasse allerdings, nicht am Weg zum Hirzi – dort war Johanna leider nicht für unser Postulat für eine Hirzi-Allee oder wenigstens Hirzi-Baumreihe zu haben. Aber aufgrund der stichhaltigen Begründung des gemeinderätlichen Neins bleibt der GFL nichts anderes übrig, als das Postulat abzulehnen. Es schmeckt uns zu stark nach Strassenverbreiterung, Ausbau, und das ist, wie auch in der alten Stellungnahme des BfU nachzulesen ist – schon lange kein Rezept mehr für mehr Sicherheit, im Gegenteil. Es ist aber auch die Vorgeschichte, die uns zu einer Ablehnung des Postulats führt: Der Aegelseeweg ist vor wenigen Jahren erst saniert worden, wenn man die Strasse jetzt wieder ändert, gibt das sicher zusätzliche Kosten. Die Idee, für Leute, die zu Fuss ins Hirzi gehen, einen von der Strasse abgetrennten Pfad einzurichten, käme jetzt teurer als damals. Damals wollte man das nicht, man hat den Trampelpfad, der Fr.26'500.- gekostet hätte, auf Antrag von SVP und CVP, mit 23 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Realisierung des Postulates, und wir mussten uns bei einigen Postulaten sagen lassen, dass gespart werden muss, käme sicher viel teurer zu stehen. Und vor allem würde es den Bauern links und rechts Land wegnehmen. Johanna sprach von der Bereitschaft der Landbesitzer, bei einer Lösung mitzumachen. Ich habe von beiden Seiten ganz anderes gehört. Im Interesse der Verkehrssicherheit und auch der beiden Bauern lehnen wir das Postulat für einen sicheren und angenehmen Zugang zum Hirzi ab. Weil es eben keinen sicheren Zugang bringt. Und einen Angenehmeren hätte man mit einem anderen Postulat erreichen können.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat ein Schlusswort halten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit. Der Gemeinderat beantragt auch hier die Ablehnung des Postulates. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen will, soll das mit Handerheben bezeugen.

Abstimmung:

Das Postulat Johanna Thomann und Mitunterzeichnende betreffend "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld" wird mit 17 zu 13 Stimmen angenommen.

Reto König verlässt den Raum 22.45 Uhr.

42 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Peter Traber betreffend "Günstiger Wohnraum in Zollikofen", Antwort

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen dazu?

Gemeinderat: Keine Ergänzungen.

Präsident: Der Interpellant hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Peter Traber, SP: Danke für die Antwort, von der wir soweit befriedigt sind. Eine Studie der SP aus dem Jahr 2011 zeigt, dass sich die Mieten in den städtischen Gebieten und Agglomerationen um bis zu 6 % verteuert haben, und die Nachfrage nach Wohnungen steigt. Mit der steigenden Lebensdauer wird es auch immer wichtiger, dass Wohnungen altersfreundlich sind und dass sie auch im hohen Alter noch bezahlbar gemietet werden können. Wenn wir die Schwerpunkte der Gemeinde anschauen, steht "wir finden in der Nähe, was man zur Gestaltung des Lebens braucht". Da wäre es angebracht, Lösungsansätze für günstigen Wohnraum aufzunehmen im Schwerpunktprogramm. Wir teilen die Auffassung des Gemeinderates nicht, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, günstigen Wohnraum sicherzustellen. Genau gleich, wie man sich für das Gewerbe oder für Unternehmen einsetzt, kann sich der Gemeinderat auch für günstigen Wohnraum einsetzen. Es darf nicht sein, dass der Gemeinderat nur einen Teil der Gemeinde im Fokus hat. Wir werden darum auf diesen Punkt später zurückkommen.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

43 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Marianne Baumann und Mitunterzeichnende betreffend "Roadpricing ohne Zollikofen?", Antwort

Präsident: Wir kommen zur nächsten Interpellation. Wenn ein Ratsmitglied ausscheidet können Mitunterzeichnende dann übernehmen. In diesem Falle wäre das Markus Burren. Hat der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen? Das ist nicht der Fall.

Markus Burren, SVP: Die Antwort des Gemeinderates freut mich. Wenn man Roadpricing macht, ist das eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandortes. Jeder zahlt, rein, raus, egal welche Variante man nimmt. Es gibt verschiedene Varianten, dass man nur den Stossverkehr berücksichtigt, aber auch dort, die Investition. Die Erstinvestition ist massiv, auch nur für einen Versuch, ist das eine Investition, die fast einer Endausführung gleich kommt. Wehret den Anfängen, wir sind keine Grosstadt wie Stockholm, das kommt hier auch ganz klar zum Vorschein. Denkt daran, es geht um das Gewerbe. Wenn der Elektriker aus dem Ort auf die Baustelle fährt, so kostet ihn das. Wenn man einen Elektriker von ausserhalb kommen lässt, muss man das auch bezahlen. Das ist nicht die allheilige Lösung um den Verkehr zu regeln.

Für die, welche das Gefühl haben, es betreffe sie nicht, es betrifft eben auch die Freizeit, wer nach Lyssach einkaufen geht oder wo auch immer. Danke für die Antwort.

Präsident: Danke, **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

44 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Fides Kistler betreffend "Zusätzliche Nutzungen im Alterszentrum", Antwort

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen dazu?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsident: Die Interpellantin hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Fides Kistler, SP: Geschätzte Anwesende. Vielen Dank dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Wir bitten einfach künftig, dass man gegenüber uns und der Bevölkerung regelmässig und offen kommuniziert, so dass wir auf dem Laufenden sind, was die Entwicklung und Planung sowie die Realisierung des Alterszentrums anbelangt. Die SP-Fraktion möchte anmerken, dass wir es interessant finden, wie der Gemeinderat auf die Frage betreffend der Zusammenlegung der Gemeindebibliothek und der Schulhausbibliothek eingegangen ist, nämlich mit dem Satz: "Die Gemeinde Zollikofen hat ihr Interesse an Mietflächen für die Gemeinde- und Schulbibliothek angemeldet". Dort deutet er an, dass die Schulbibliothek aus dem Zentrum in die Peripherie verlagert werden könnte. Hier stellt sich für uns die Frage, ob das die Schulen wollen und wie sich die Bibliotheksverantwortliche dazu äussert. Danke.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

45 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Marceline Stettler und Mitunterzeichnende betreffend "Alterspolitik in Zollikofen", Antwort

Präsident: Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Wünscht der Gemeinderat noch ergänzende Bemerkungen dazu?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsident: Die Interpellantin hat die Möglichkeit sich kurz zu äussern.

Marceline Stettler, GFL: "Das ist jetzt nicht mehr unser Problem, jetzt sollen die anderen schauen". Das ist ungefähr die Antwort des Gemeinderates, in einem Satz zusammengefasst. Wir und mit mir meine ich die GFL und viele aus der älteren Bevölkerung sind von dieser Antwort enttäuscht. Es ist mir auch klar, dass der Gemeinderat einem Investor nicht reinreden, oder irgendetwas vorschreiben kann. Ich weiss auch, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion "Steuermann" des kantonalen Versorgungssystems ist. Aber mit dem Bau des Alterszentrums mitten im Dorf hat Zollikofen ziemlich sicher die einmalige Gelegenheit, ein zukunftsorientiertes Zentrum zu erhalten, das Vorzeigecharakter haben könnte. Wir bitten den Gemeinderat, diese einmalige Chance nicht zu verpassen, aus unserer Sicht hat er der älteren Bevölkerung gegenüber, die eben immer älter und zahlreicher wird, eine Verantwortung. Er soll mitgestalten und mitdenken, ohne dass er die Federführung hat. Die Bevölke-

rung sollte miteinbezogen und kontinuierlich informiert werden. Es ist irritierend, wenn am Osterbott informiert wird, Anfang 2015 sei Eröffnung, aber gleichzeitig liest man im Geschäftsbericht des Betagtenheimes, frühestens Ende 2015 sei die Eröffnung. Kein Wunder, dass im Dorf komische Ansichten kursieren. Die Aussage des Gemeinderates in der vorliegenden Antwort, wonach die medizinische Versorgung unabhängig vom geplanten Alterszentrum sein muss, liegt klar im Widerspruch zu Punkt 14 der damaligen Abstimmungsbotschaft. Dort schrieb der Gemeinderat "Das geplante Alterszentrum Bernstrasse mit den vielfältigen Dienstleistungen im Bereich Altersbetreuung und medizinische Versorgung ist Teil der nachhaltigen Gemeinde-Entwicklung, steht im Einklang mit dem Leitbild der Gemeinde und dem Altersleitbild". Wir möchten dem Gemeinderat ans Herz legen, diese Chance nicht zu verpassen. Jetzt ist der Zeitpunkt, abgegebene Versprechen einzulösen. Danke.

Präsident: **Dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

46 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Bruno Vanoni betreffend Stiftung Arthur Waser

Wird der Neubau des Alterszentrums in Zollikofen von der Stiftung Arthur Waser (gemäss GGR-Protokoll „gemeinnützig“) oder von der Privatperson Arthur Waser finanziert?

Wurde der Grosse Gemeinderat im Vorfeld der Entscheidung über das neue Alterszentrum nicht richtig informiert und/oder gab es seither einen Wechsel in der Bauherrschaft?

Trifft es zu, dass der Privatbesitz von Herrn Waser nach seinem Tod ins Stiftungskapital übergeht?

47 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Elisabeth Aebi betreffend Buslinie 33

Kennt der Gemeinderat die Haltung der Gemeinde Bremgarten betreffend Angebotsausbau der Buslinie 33?

Hat der Gemeinderat Bremgarten einen Ausbau des Fahrplans gefordert?

Gibt es Frequenzzahlen bezüglich der Randzeiten?

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich bei allen für die Mitarbeit. Die nächste Sitzung findet am 27. Juni 2012 statt. Ich wünsche allen einen schönen Abend. Eine Bitte für den Heimweg: Gestern abend wurde der Panther in Schönbühl im Garten eines Einfamilienhauses gesichtet, also bitte läuft zu zweit nach Hause, am besten immer zwei aus der gleichen Partei (Die Protokollführerin: allgemeines Gelächter.).